

Inhaltsverzeichnis

- 3 Bericht von der 4. ordentlichen VDS-MV in Münster #56#
- 5 Kritik der VDS - Politik - #57#
- 7 Stellungnahme des KSB
- 10 " des MSB-Spartakus
- 12 Bemerkungen zur Geschichte der VDS / Basisgruppe ●
- 16 Perspektiven der überregionalen Zusammenarbeit / Basisgruppen
- 19 Regelstudienzeit Konsequenzen für die Studenten
und die Gesellschaft
- 21 Wahlordnung
- 22 Aufbau der Verfassten Studentenschaft an der THD
ein kleiner Leit faden nicht nur für Erstsemester
- 26 Chemikaliengelder
- 28 Darmstädter Studentenlesebuch ●
- 29 Wie das Bundesamt für Zivildienst die Regelstudien-
zeit in Kraft setzt
- 31 Stellungnahme der SMG zur VDS

hu hu ...

3

in Münster war's so fünster

Dieses ist eine überarbeitete Fassung unseres Flugblatts Nr.11

Bericht von der 4. o. Mitgliederversammlung in Münster

Einmal jährlich treffen sich die ASTen, die in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften organisiert sind zu einer Versammlung auf der der Vorstand Rechenschaft über seine bisherige Arbeit ablegt, Richtlinien für seine künftige Politik verabschiedet werden und die ständigen Organe Vorstand und Zentralrat neu gewählt werden.

Die wichtigen Fraktionen innerhalb der VDS nämlich die, der DKP nahestehenden, "gewerkschaftlich orientierten" (MSB-Spartakus/SHB), die Basisgruppen und die Juso-Hochschulgruppen besitzen einzelnen nicht die absolute Mehrheit. Hinzu kommt, daß in einigen ASTen kleinere Gruppen wie der LHV, KHB, KSV und KB vertreten sind und einige ASTen durch Koalitionsbindungen bei bestimmten Fragen neutralisiert sind. So kann unser ASTa, der aus Jusos und Basisgruppen besteht seine Stimmen nur geben, wenn beide Fraktionen sich einig sind. Um überhaupt an der Abstimmung teilnehmen zu können, muß erst zusätzlich zu den hohen Mitgliedsbeiträgen 75,- DM pro Stimme bezahlt werden. Das wäre für unseren ASTa der 12 Stimmen besitzt ein Betrag von 900,- DM.

Zu großen Problemen führte die Tatsache, daß infolge der neuen Hochschulgesetzgebung sich die Situation der Studentenschaften in der verschiedenen Bundesländern sehr unterschiedlich darstellt. Jedes Bundesland hat andere Regelungen in Bezug auf die Verfaßte Studentenschaft getroffen, und somit ist für die VDS nicht immer klar erkennbar, welche Vertretung im Namen der jeweiligen Studentenschaft sprechen darf.

Die ASTen müssen bevor sie ihre Stimmen bekommen einen Nachweis über ihre Legitimation führen. Dieses ist z.B. in Hessen, wo die Studentenschaften gesetzlich verankert sind, problemlos. In Baden-Württemberg und Bayern, wo es keine verfaßten Studentenschaften mehr gibt und die dortigen ASTen unter besonders schweren Bedingungen kämpfen, treten Probleme auf, da dort z.B. Wahlen schwer durchführbar sind. So sind auch viele Ba-Wü-ASTen nicht auf der MV erschienen, da sie Schwierigkeiten bei der Stimmausgabe zu Recht befürchteten.

In Nordrhein-Westfalen, das jüngst ein Gesetz zur Regelung der Studentenvertretungen (Studentenschaftsgesetz - SSG) verabschiedet hatte, welches bedeutende Einschränkungen gegenüber der bisherigen Regelung beinhaltete, haben sich viele Studentenschaften geweigert nach dem SSG zu wählen, es wurden "Anti-SSG-ASTen" gebildet, da aber manche Gruppen in den durch das Studentenschaftsgesetz vorgeschriebenen Wahlen und nicht in den Anti-SSG-Wahlen kandidierten, sind also Fälle möglich in denen es an einer Hochschule zwei konkurrierende ASTen gibt, die sich

um ihre Legitimation streiten.

So traten bei der Stimmausgabe die größten Schwierigkeiten auf, da dort die Fraktionen ihre Konflikte austrugen, die somit von der eigentlichen Mitgliederversammlung ins Vorfeld übertragen wurden. Der MSB hat es schon seit langer Zeit versucht, einigen Basis-Gruppen-ASTen in Baden-Württemberg, wo wie gesagt erschwerte Bedingungen herrschen, mit der Behauptung sie seien nicht satzungsgemäß, das Stimmrecht zu verweigern. Dieses würde die Stimmlage sehr zu gunsten, der in Norddeutschland starken GO-Fraktion verlagern. Besonders heftig war der Angriff gegen den ASTa der Universität Tübingen. Da der ASTa dort auf einer Vollversammlung gewählt wurde, weil Urnenwahlen dort verboten sind, wurde die Rechtmäßigkeit dieses Basisgruppen-ASTas angezweifelt. Als der VDS-Vorstand mehrheitlich gegen eine Stimmausgabe für die Universität Tübingen votierte kam es zum Eklat. Die Basisgruppen zogen sich aus der VDS-MV zurück.

Die Jusos hatten ebenfalls Probleme mit einer Nordrhein-westfälischen Hochschule der GES Duisburg an der ein Anti-SSG-ASTa, der von der GO-Fraktion gestellt wird und eine SSG-ASTa, der von den Jusos gestellt wird, konkurrieren und jeweils für sich das Stimmrecht beanspruchen.

Die dortigen Legitimationsprobleme waren wie folgt:

Auf einer Urabstimmung für oder gegen Anti-SSG-Wahlen war es fraglich, ob das nötige Quorum erreicht wurde.

Die trotzdem durchgeführten Anti-SSG-Wahlen brachten eine viel größere Stimmbeteiligung als die gesetzlichen Wahlen.

Zwischen den Fraktionen wurde ein Kompromiß ausgehandelt:

Beide **ASTen** erhielten kein Stimmrecht.

Dieses sind nur zwei, der wichtigsten Streitpunkte in dem Fraktionenkampf, der schon vor der eigentlichen MV ausgetragen wurde. Besonders eine Gemeinsamkeit zwischen Basisgruppen und den Anderen war nicht mehr zu erreichen. Somit wurde die Stimmausgabe, die eigentlich am 03. und 04. April stattfinden sollte aus "organisatorischen Gründen" bis zum 07. herausgezögert.

Die MV wurde jetzt zu einer Farce. Da durch das Wegbleiben der Basisgruppen und vieler Juso-Basisgruppen-ASTen sich die Mehrheitsverhältnisse zu gunsten der GO-Fraktion verschieben hatten, konnte die MV nicht mehr repräsentativ für die Studentenschaften sein. Laut Frankfurter Rundschau haben auch einige reine Juso-ASTen die MV verlassen.

Somit war schon alles entschieden, bevor auch nur über einen einzigen Antrag abgestimmt wurde. Die Mehrheitsverhältnisse waren nun klar, jedoch nicht mehr repräsentativ. Nun konnten die wenigen ASTen, die noch in Münster

geblieben waren, mit der eigentlichen MV beginnen. Einige Asten holten noch kurz vor Schluß ihre Stimmen ab, und somit wurde das Quorum, das notwendig ist, um die Versammlung durchführen zu können, knapp erreicht.

Als nun am Abend des 07. Aprils die MV mit Minimalbeteiligung eröffnet wurde hatten wir Münster bereits verlassen. Die anwesenden Asten verabschiedeten ein Arbeitsprogramm für die VDS, welches zwischen MSB/SHB und Jusos ausgehandelt wurde. Der Vorstand wurde neu gewählt, in ihm sind aber die gleichen Fraktionen wie bisher enthalten. Danach wurde die VDS-MV aufgelöst.

Also außer, daß die derzeitige zersplitterte Situation der Studentenschaften dargestellt wurde ist nichts gewesen. Dabei hatte die Möglichkeit bestanden, ein Arbeitsprogramm zu verabschieden, indem alle Fraktionen sich zu Kompromissen bereit gefunden hätten und das von allen getragen werden könnte.

Für uns waren folgende Gründe maßgebend für unseren Rückzug aus der MV, der keineswegs ein endgültiger Austritt ist.

-Wir mußten leider feststellen, daß die VDS in letzter Zeit ständig an Einfluß und Wirkungsmöglichkeiten verloren hatte. Durch die ständigen Kämpfe im Vorstand waren kaum gemeinsame Aktionen möglich. Der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsastern und dem Vorstand in Bonn funktionierte schlecht. Koordinierungsaufgaben wurden kaum wahrgenommen. Die hohen Mitgliedsbeiträge belasten die Studentenschaft äußerst stark, diesen Ausgaben steht ein Minimum von Leistungen der VDS gegenüber. Doch hierzu werden wir in einer späteren Wub noch genauer eingehen. Aus diesen Gründen jedoch ha-

ben wir große Zweifel ob unsere Mitgliedschaft noch sinnvoll ist. Wir haben jedenfalls schon zu Beginn des Jahres unsere Beitragszahlungen an die VDS storniert.

-Der Schlag gegen den Tübinger AstA ist wohl schwerlich mit der allzeit proklamierten "Baden-Württemberg-Solidarität" zu vereinbaren. Wir hatten schon vorher die Befürchtung gehabt, daß die GO-Fraktion die Stimmlage auf diese Weise zu ihren Gunsten verändern will und hatten deshalb einen Beschluß unseres Studentenparlaments in der Tasche, in dem der AstA ermächtigt wird, die MV zu verlassen, wenn dort Baden-Württembergischen Asten die Stimme verweigert werden. Ob nun der Tübinger AstA oder einer der Duisburger Asten die Legitimation besitzen läßt sich nicht feststellen, da es keine einheitlichen Kriterien gibt.

Wir können aber sehen, daß politische Gründe, nämlich die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der eigenen Fraktion zu ändern, bei der Stimmabgabe ausschlaggebend waren. Die politischen Auseinandersetzungen dürfen dort nicht ausgetragen werden.

-Da durch das Fernbleiben der Basisgruppen und Teilen der Jusos auf alle Fälle eine Mehrheit der GO-Fraktion entstehen würde welche nicht repräsentativ ist, hatten wir kein Interesse ein Theater zu spielen.

* Insgesamt belasten die Zahlungen für die VDS die Studentenschaft der TH-Darmstadt mit 29.000 DM jährlich, was mehr als ein Zehntel der Gesamten Haushaltes ausmacht.



KRITIK DER VDS - POLITIK

NACH DEN EREIGNISSEN IN MÜNSTER

Die 4. o. MV in Münster hat die Entwicklung innerhalb des Dachverbandes der Studentenschaften der BRD und West-Berlins noch einmal eindringlich vor Augen geführt:

"Die VDS selbst ist tot", sagte ein Delegierter zur VDS-MV, "hier geht es nur noch um Leichenfledderei."

(VGL-Bericht von der o. MV.)

Einmal mehr zeigte sich deutlich, welche Auseinandersetzungen die Politik der VDS bestimmen:

Im Zentrum der Diskussion steht nicht (schon seit langem nicht mehr) die Notwendigkeit, die Studenten gegen die Angriffe auf das Studium von Seiten der Kultusbürokratie zu mobilisieren und zu organisieren. Vielmehr haben in immer stärkerem Maße die Interessen der einzelnen hochschul- und parteipolitischen Gruppen an Einfluß auf die VDS Politik gewonnen. Nicht mehr die studentischen Aktionen in den einzelnen Studentenschaften gegen die Umsetzung der LHGs, gegen Studien- und Prüfungsver Verschärfungen, gegen die soziale Misere etc. dominieren die Arbeit der VDS, sondern das politische Selbstverständnis der einzelnen Fraktionen ist entscheidend für die Aktionen. Im VDS-Vorstand und im Zentralrat wurde immer mehr "Gruppen-hic-hac" betrieben und die Auseinandersetzung um die "richtige" ideologische Linie der VDS geführt. So stritt man sich monatelang darüber, ob man für Novellierung oder für Rücknahme des HRG "kämpfen" sollte; die VDS-Rundbriefe wurden sehr stark zur Verbreitung der Meinungen und Information der einzelnen Gruppen benutzt, mit viel Aufwand wurde eine Dokumentation über die Revolution im Iran verfaßt usw. Der VDS-Apparat mit seinem großen Budget (pro Jahr ca. 650.000,- DM) wurde zur ideologischen Spielwiese der politischen Gruppen und ihrer "Oberfunktionäre", wobei 2 Tendenzen deutlich wurden: zum einen kamen in immer geringerem Maße gemeinsame Beschlüsse und Aktionen im VDS-Vorstand zustande, die VDS traten hauptsächlich in ihrer Zerstrittenheit an die Öffentlichkeit. Zum anderen isolierten sich die VDS mit ihrer Politik immer mehr von den einzelnen Studentenschaften, anstatt ihre Aktionen zusammen zu fassen und zu multiplizieren.

Auf dieser Grundlage, auf der Grundlage, des zunehmenden Verfalls und der zunehmenden Abgehobenheit gegenüber der Situation und den Aktionen der Studenten an den Hochschulen selbst repräsentierte die in Münster durchgeführte Mitgliederversammlung wenig mehr als sich selbst. schon lange nicht mehr haben die Studenten ihren Platz auf diesen Versammlungen,

die sie aber trotzdem zwangsweise finanzieren. Die Versuche einzelner ASten, die VDS als ein schlagkräftiges Instrument zur Durchsetzung der studentischen Forderungen zu benutzen, bleiben angesichts der dortigen Machtkämpfe oftmals im Ansatz stecken. Der Anspruch der VDS, im Namen von über 900.000 Studenten sprechen zu wollen, ist nicht viel mehr als Schall und Rauch.



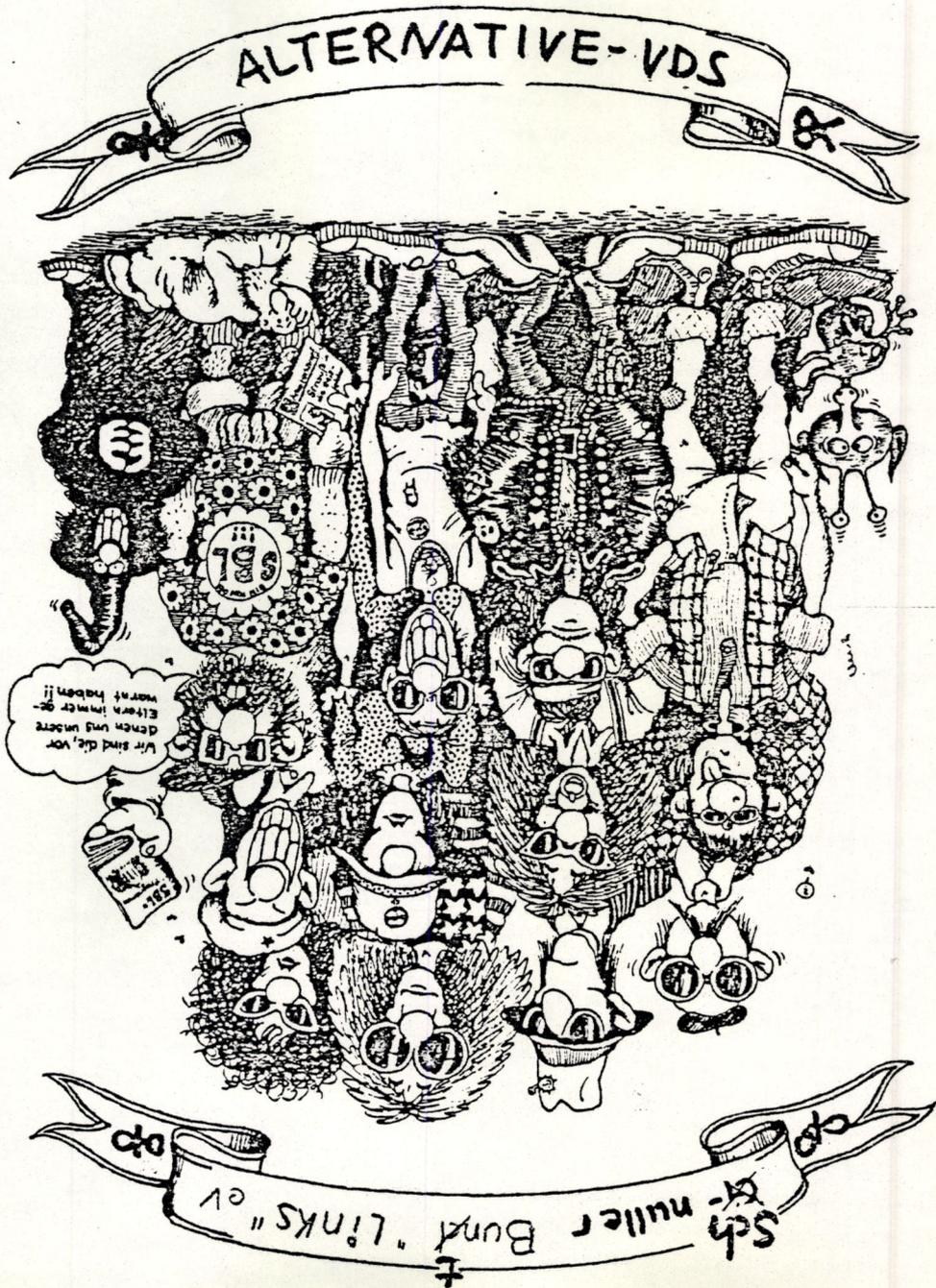
Die Reaktion des VDS-Vorstandes auf die Angriffe des Staates auf die Organe der Verfaßten Studentenschaft war beispielhaft: Sie erhoben die Forderung, nach Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaft Beitrags- und Finanzhoheit, Satzungsautonomie und politischem Mandat, ohne sehr viel für die Durchsetzung dieser Forderung zu organisieren. Gleichzeitig behandelten sie aber nicht den Antrag des AStAs der THD, indem die VDS aufgefordert wurde, die staatsunabhängige Organisation der Studenten in Bayern und Baden-Württemberg zu unterstützen.

Wie kann man aber die Auffassung vertreten, daß diejenigen staatlichen Institutionen die Verfaßte Studentenschaft wieder einführen würden, die sie erst abgeschafft haben? In dieser Frage zeigte die MV sehr deutlich, daß machtpolitisches Kalkül der einzelnen Fraktionen die Arbeit der VDS lahmlegen und die Studenten in ihrem Widerstand gegen die reaktionären LHGs keinen Schritt weiterbringt. Im Gegenteil: die VDS sind zu einem Bremsklotz der Studentenbewegung geworden. Viele ASten haben trotz dieses Zustandes der VDS versucht, ihren Dachverband für bundesweite Aktionen zu benutzen. Aber die Zerstrittenheit innerhalb der VDS macht einen bundesweiten Kampf, der von den VDS auf der Grundlage der Interessen

der Studenten organisiert wird, unmöglich. Eben wegen dieser vergeblichen Versuche verschiedener ASten muß die Frage, ob die VDS noch den Rahmen für den gemeinsamen Kampf der Studenten bietet, mit nein beantwortet werden. So hat diese VDS-MV auch dazu beigetragen, daß ASten, die sich den Studenten und ihren Forderungen verpflichten, beginnen, mit der VDS zu brechen.

Diese Bestrebung gibt es besonders bei Teilen der Jusos und der Basisgruppen.

Die Entscheidung in Darmstadt über Verbleib oder Nicht-Verbleib in den VDS darf aber nicht von den politischen Gruppen getroffen werden, sondern dies müssen wir Studenten selber tun.



STELLUNGNAHME DES KSB ZUR VDS :

Den Brei, den Juso-, Basisgruppen- und MSB-Fraktion auf der VDS-MV angerührt haben sollen die Studenten jetzt auslöffeln!

Von vornherein war von den Vorständen der "Vorstandsfractionen", wie sich Basisgruppen, Jusos, LEV und MSB bezeichnen, vorgesehen, Daß auf dieser VDS-MV keine weitere Vereinheitlichung der Studentenbewegung zustandekommen sollte.

Deshalb waren sie sich auch alle darüber einig, daß das VDS-Programm für das WS 78 am Besten einfach neu aufgewärmt werden sollte. Schließlich hatte es ja schon im WS bewiesen, daß damit erfolgreich jede für die Studenten nützliche Tätigkeit der VDS verhindert werden konnte. Die Frage war nur, sollte man sich auf 'die Linken Kräfte in der SPD' orientieren, oder sollte man besser 'das Bündnis mit den sozialistischen Ländern und den fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften, wie der DKP' suchen.

Was soll schon für die Studenten dabei herauskommen, wenn die verschiedenen Agenturen der Staatsapparteien darüber schachern, wie sie die VDS unter sich aufteilen und die Gelder der Studenten für ihre Propaganda verwenden.

Ganz folgerichtig ist das Klage lied, das jetzt Jusos und Basisgruppen im AstA auf das Stimmengeschacher auf der VDS-MV anstimmen, haben ihre Fraktionen doch selbst diesen Schacher fleissig betrieben. So die Basisgruppen, indem sie forderten dem Vorsitzenden der Tübinger Fachschichtenversammlung - seit 2 Jahren ungewählt und in der Baden-Württembergischen Landesastenkonzferenz entscheidend tätig, um den Vorschlag nach einheitlichen Neuwahlen der Fachschaftsvertretungen zu unterdrücken - , den Basisgruppenfürsten von Gottes Gnaden Ulli Tost, mit Stimmrecht auszustatten. Schließlich brauchten sie auch die tagelangen Fraktionssitzungen, um die Asten gegen die 14 vorliegenden Anträge auf eine bundesweite Demonstration gegen die Bafög - Senkungen einzuschwören; statt des Antrags nach Durchführung einheitlicher Fachschaftswahlen in Baden-Württemberg die Ersäufung der Solidarität mit den Studentenschaften in Baden-Württemberg in BaWü-Feten zu beschließen. Die Juso Fraktion beschloß weder Anträge auf eine bundesweite

Demonstration, noch auf eine andere Forderung als 1400 DM Bafög-Elternfreibetrag einzubringen.

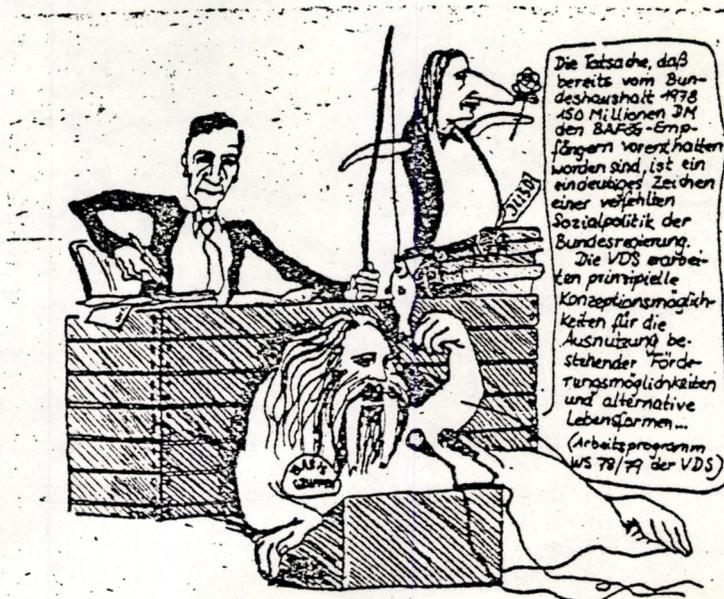
In treuer Erfüllung ihrer Fraktionsdisziplin und entgegen Stupa-Beschluß und des Beschlusses der VV des Fachbereichs 2 und der Veranstaltung der LAK zum Bafög, ist dann auf der Sitzung des Projektbereichs Soziales während der VDS-MV die AStA Referentin Uschi Klär für 1400 DM Elternfreibetrag und gegen eine bundesweite Demonstration aufgetreten.

So waren sich alle einig über das uneingeschränkte Recht der Vorstandsfraktionen Fraktionserklärungen durch die VDS vervielfältigen und verbreiten zu lassen. Über Kampfschritte der Studenten enthielten

die von Reformisten, Revisionisten und Opportunisten vorgeschlagenen Aktionsprogramme überhaupt nichts, stattdessen, daß die VDS sich verstärkt um 'studentische Sozialisation' kümmern müsse, daß man die Linie 'Novellierung des HRG' weiterverfolgen müsse und daß es gelte, 'den Widerstand der ganzen Hochschule gegen das HRG' zum Ausdruck zu bringen.

Um dieser Einheit willen umhät-scheln sie dann gemeinsam so prominente 'HRG-Gegner' wie den TH-Präsidenten Böhme, dessen Gegnerschaft darin besteht, daß er sich immer erst beim Kultusminister Rückendeckung in Form eines Erlasses verschafft, bevor er Maßnahmen gegen die Studenten durchsetzt

Schmude-Assistenten im VDS-Vorstand



und für die übliche Dreckarbeit einen Blankenburg hält, um sein fortschrittliches Mäntelchen nicht zu beflecken.

Das Gespräch des Hochschulpolitischen Arbeitskreises mit dem hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner als Zweck einer Aktionswoche der Studenten der TH, wie im Aktionsprogrammvorschlagn für die Juso Hochschulgruppe vorgesehen, ist die praktische Umsetzung des Versuchs die Studenten endgültig dem bürgerlichen Staatsapparat zu unterwerfen.

Haben die bürgerlichen Studentenpolitiker durch ihre Beschlüsse die VDS reif zur Zerschlagung gemacht, so wollen sie jetzt die Studenten die Sache auslöffeln lassen. Per Vollversammlungsbeschluss soll die Zerschlagung der VDS besiegelt werden. Auf Antrag derjenigen, die ihr Bestes getan haben, um die VDS zugrunde zu richten: Damit bekämen sie dann auch die richtigen Beschlüsse, denen sie unter dem Druck der Studenten zustimmen mußten, vom Tisch. Allen Grund haben die TH-Jusos den Beschluss der VDS-MV von der Bundesregierung die Anerkennung der Patriotischen Front von Zimabawe zu fordern und die Herausgabe

von 120 000 DM beschlagnahmter Spendengelder zu unterdrücken. Er steht in krassestem Widerspruch zu ihrer Propaganda der Einmischung des BRD-Imperialismus unter dem Mantel "für Menschenrechte überall in der Welt".

Statt VDS wollen sie dann einen hessischen Klüngel aufmachen, um die gleiche Fraktionswirtschaft weiterzubetreiben, nur mit anderen Mehrheitsverhältnissen. In einem hessischen Fraktionsklüngel wären die Jusos stärkste Fraktion.

Statt sich auf der TH-VV von den Parlamentsschmiererkomödianten auf die Klüngeldiskussion herunterbringen zu lassen, wird es viel mehr nutzen, wenn man dort die Forderung nach 100 DM mehr für alle Bafög-Bezieher beschließt und die Forderung nach 1500 DM Elternfreibetrag bekräftigt. Außerdem muß man beschließen, gegen die Bafög-Senkungen anlässlich der Lesung des Bafög-Änderungsgesetzes in Bonn statt einer "Fahrraddemo Betroffener" eine richtige Demonstration möglichst vieler Studenten durchzuführen und den AstA zu beauftragen, möglichst bald auf einer LAK zu beantragen, daß die LAK zu dieser Demonstration mobilisiert.

 KSB

Kommunistischer
Studentenbund

STELLUNGNAHME DES MSB - SPARTAKUS ZUR VDS :

VDS gestärkt nach der 4. o. MV

Im März 1978 wurde die 3. o. VDS-MV in Gießen beendet ohne ein Arbeitsprogramm, ohne die Wahl eines Zentralrates (30 Asten, höchstes beschlußfassendes Organ zwischen den MV's) und es war damals schon abzusehen, daß die Arbeit des VDS dadurch stark beeinträchtigt wird.

Im November 1978 einigte sich der Vorstand der VDS auf ein Arbeitsprogramm. Dies waren erste Anzeichen für eine Verbesserung der Zusammenarbeit. Die jetzt gelaufene 4. o. MV zeigt eine weitere Klimaverbesserung zwischen den Linkskräften und schaffte durch die Verabschiedung eines Arbeitsprogramms für 1979 und durch die Wahl eines neuen Zentralrates die Voraussetzungen, um der VDS wieder zu ihrer alten Stärke als Dachverband studentischer Interessenvertretung zu verhelfen. In der Stärkung der VDS sehen wir eine wichtige Voraussetzung, den bundesweiten Druck für eine Neufassung des HRG zu entwickeln. Es gibt aber auch eine andere Seite der VDS-MV.- Es ist noch nicht gelungen, die Basisgruppen und auch sehr kleine Teile der Jusos von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Linkskräfte und der Stärkung des Dachverbandes VDS zu überzeugen. Dieser Fraktion, die einen Bruchteil der in der VDS organisierten Asten ausmacht, gehört auch unser Asta an.

Im folgenden soll nun zunächst auf die Argumente des Astas, der Bg's und Jusos für ihr Verhalten zur VDS eingegangen werden, im weiteren sollen die wichtigsten Beschlüsse der MV dargestellt werden und zum Schluß konkrete Vorschläge für die Auseinandersetzung in Hessen im Sommersemester.

MSB betreibt Machtpolitik, verweigert

Bg-Asten das Stimmrecht

Dies waren die Hauptargumente unseres Juso/Bg-Asta. Konkret ging es um die Asten in Tübingen und Duisburg.

Zu Tübingen:

Basisgruppen aus Tübingen behaupteten, sie seien der Asta, ohne sich in irgendeiner Weise legitimieren zu können.

Eine Simmenausgabe hätte die VDS-MV als Gremium der gewählten Studentenschaften in Frage gestellt und Rechtskräften Tür und Tor für Anti-VDS-Kampagnen geöffnet. Deshalb hat nicht der MSB allein, sondern die absolute Mehrheit der MV diesen Studenten das Stimmrecht verweigert.

Zu Duisburg:

In NRW existiert ein Studentenschaftsgesetz (SSG), daß die Asten politisch entmündigt. Deshalb wählten die Studenten in NRW eine Widerstandsform, indem sie

1. Die SSG-Wahlen boykottierten (zum Teil wurden "Asten" mit 0,5 % "gewählt"),
2. Anti-SSG-Wahlen nach den bisherigen Rechten durchführten.

In Duisburg wurde ein Anti-SSG-Asta gewählt mit einer dreimal höheren Wahlbeteiligung als zur SSG-Wahl. Indem man den Anti-SSG-Asta nicht anerkannte, hat man dem Widerstand der Duisburger Studenten geschadet. Trotzdem zog der MSB nicht aus, denn die Einheit der Linkskräfte war uns im Interesse aller Studenten wichtiger.

Ein Beispiel unserer Machtpolitik:

Nach dem Auszug der Basisgruppen und einiger weniger Jusos hatte die "gewerkschaftlich orientierte" (GO)-Fraktion die absolute Mehrheit. Es wurde ein Aktionsprogramm von einer überwältigenden Mehrheit verabschiedet, als Kompromiß zwischen allen Fraktionen. Die Basisgruppen wurden kommissarisch am VDS-Vorstand beteiligt!

Unser Asta will aus der VDS austreten!

Als Grund wird angeführt: "Die hohen Mitgliedsbeiträge belasten die Studentenschaft äußerst stark, diesen Ausgaben steht ein Minimum von Leistungen der VDS gegenüber." (Asta-Flugblatt v. 11.4.79)

Zu Beginn haben wir schon die Schwierigkeiten der VDS im letzten Jahr dargestellt, dies ist der Ansatzpunkt für die Astaargumentation. Darüber hinaus hat unser Asta in der Vergangenheit bewußt die Rolle der VDS als Dachverband untergraben.

So wurde noch nie von unseren Juso/Bg-Asten ein VDS-Aktionsprogramm veröffentlicht und diskutiert, VDS-Materialien verschwanden körbewise im Papierkorb, z.B. wurde die bundesweite Bafög-Aktion im WS 78/79 mit keinem Wort erwähnt und interne Streitigkeiten unnötig hochgespielt.

Selbst vom RDS, dem Reisedienst der VDS, erfährt man von unserem Asta so gut wie nichts. Dies alles schafft natürlich den Eindruck, daß die "VDS am Ende" (Asta-Flugblatt, 11.4.) ist.

VDS finanziell geschwächt

Durch die Liquidierung der Verfaßten Studentenschaften in Bawü und Bayern erhält die VDS natürlich aus diesen Regionen keinerlei Beiträge mehr, sondern unterstützt die dortigen Asten e.V., etc.

Hinzu kommt, daß einige Asten, durch Klagekampagnen des RCDS im Augenblick zahlungsunfähig sind. Die bisherige Geldersperrung durch unseren Asta behindert deshalb ein weiteres Erstarren der VDS.

Deshalb hat unser Asta die Aufgabe, die VDS zu unterstützen und vor allem durch die Veröffentlichung und Diskussion des VDS-Aktionsprogramms den Studenten der TH die Möglichkeit zu bieten, sich eine eigene Meinung über unseren Dachverband zu bilden.

Was soll das neue VDS-Aktionsprogramm

Es zeichnet sich v.a. durch eine Fülle von konkreten, abrechenbaren Arbeitsaufträgen an den VDS-Vorstand in den zentralen Fragen der sozialen und politischen Interessenvertretung aus, deren Umsetzung zu einer starken Unterstützung für die örtlichen Studentenschaften und zu einer Erhöhung des Gewichts und des Ansehens der VDS in den Auseinandersetzungen um die Hochschulpolitik führen kann. Die folgenden Auszüge sollen dies veranschaulichen.

So heißt es unter dem Punkt LHG/HRG/ Studienreform u.a.:

"Die VDS ergreifen ... alle möglichen und geeigneten politischen Initiativen für die Neufassung des HRG entsprechend den studentischen Forderungen und werden durch Initiierung und Koordinierung des Drucks von unten diesen Initiativen das entsprechende Gewicht verleihen. Die VDS nutzen das politische Klima, um im Vorfeld der anstehenden Landtags- und v.a. Bundestagswahlen 1979/80 in

bundesweit koordinierten Aktionen Forderungen der Studenten öffentlichkeitswirksam zu machen und den Legitimationsdruck auf die Bundestagsparteien zu erhöhen." (S. 6)

Das Arbeitsprogramm orientiert die VDS auf die Unterstützung der Fachtagungen und der von ihnen geplanten Aktionen (z.B. Anglistik), auf die Unterstützung von Erst- und Zweitsemesteraktivitäten gegen Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation sowie auf die besondere Beachtung und Unterstützung des Kampfes gegen überregionale Formierungsversuche im Bereich der Lehrer- und Fachhochschulausbildung.

In Bezug auf die Arbeit der Fachtagungen wird festgehalten, daß es vordringliche Aufgabe der VDS ist, "auch in diesem Zusammenhang immer wieder die Neufassung des HRG entsprechend den studentischen Forderungen zu erheben, um der allen Fach- und Einzelbewegungen gemeinsamen politischen Stoßrichtung sichtbar Ausdruck zu verleihen."

(S. 10/11)

Unter dem Punkt "Soziale Öffnung der Hochschule" wurde festgelegt, "anlässlich der geplanten Verabschiedung der 6. Bafög-Novelle im SS 79 ... in Zusammenarbeit mit den LAK's und Asten in Bonn eine eintägige "öffentliche Anklage" (u.a. Fahrrad-Demo von Betroffenen etc.) durchzuführen, um gemeinsam mit Bündnispartnern auf die politischen Verantwortlichen Druck auszuüben und unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen." (15)

Unter dem Punkt 'Repression' wurden Maßnahmen zur Unterstützung des Kampfes gegen Ordnungsrecht und Kriminalisierung in Heidelberg, die weitere Mitarbeit in der Hamburger Initiative sowie der Protest gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen und die Kandidatur von Carstens zum Amt des Bundespräsidenten beschlossen.

Erstmals enthält ein VDS-Arbeitsprogramm einen eigenen Abschnitt zur Vertretung der kulturellen und Freizeitbedürfnisse der Studenten.

Im Bereich der Internationalismusarbeit und des Kampfes für Frieden und Entspannung ist der 40. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges Anlaß für die VDS "ihre Aktivitäten zur Sicherung des Friedens und der Entspannungspolitik, die in letzter Zeit von bestimmten imperialistischen Kreisen immer häufiger in Frage gestellt und zu torpedieren versucht wird, zu verstärken. Die VDS

setzen sich für die Unumkehrbarkeit des eingeleiteten Entspannungsversuchprozesses ein und wenden sich entschieden gegen jegliche Versuche, über die angebliche 'Bedrohung aus dem Osten' diesen Prozeß zu behindern." (23) Sie nehmen teil an Aktionen für Frieden und Abrüstung am 1.9.79.

Neu ist auch die Aufnahme eines eigenen Passus zur Situation der Frauen an den Hochschulen.

Was geschieht in Hessen im Sommersemester

Der Kumi fordert alle hessischen Fachbereiche (in Darmstadt über den Senat) auf, bis spätestens 15. Mai Regelstudienzeiten in die PO's aufzunehmen.

Wir schlagen deshalb vor

1. durch massenhaftes Erscheinen auf der Senatssitzung zu verhindern, daß wir freiwillig das Korsett der Regelstudienzeit anlegen,
2. durch eine hessenweite Demo und GO am 15.5. in Wiesbaden beim Kumi ihn aufzufordern, keine Regelstudienzeit zu oktroyieren, und statt dessen endlich die Interessen der Studenten an einem qualifizierten Studium und das Interesse der Bevölkerung an qualifizierten Architekten, Ärzten, Bauingenieuren etc. zu berücksichtigen.

Kommt alle zur VV am 3.5., dort können wir weitere Schritte beschließen und den Austrittsargumenten eine klare Absage erteilen.

V.i.S.d.P. Rüdiger Ullrich

jetzt sind die Basisgruppen dran

BEWERTUNGEN ZUR GESCHICHTE DER VDS

Die VDS (vereinigte deutsche Studentenschaften) sind auf zwei Gründungsversammlungen (in München und Gießen) 1974/75 gegründet worden und gingen aus dem alten VDS (Verband deutscher Studentenschaften) und dem SVI (Verband der Ingenieurstudenten, also Fachhochschulen) hervor. Die neue VDS setzte im wesentlichen die Politik der früheren Studentenbewegung fort. Nur mit dem Unterschied, daß ihre früheren Träger erkannt hatten, daß Politik im Stil aufgesetzter Kampagnen nicht mehr dazu in der Lage ist - wie früher mit Anti-Notstandskampagne oder Kampagne für Abrüstung und Demokratie etc. - eine revoltierende Studentengeneration zu erzeugen. Die neuen Kräfte, die sich erst spät herausbildeten, allen voran MSB/SHB und Teile der Jusos glaubte fest an einen Aufschwung mit Hilfe der Taktik aus aus den 60-er Jahren: sie riefen zu Sternmärschen nach Bonn auf gegen die BAFÖG-Misere, sie versuchten mit Aktionswochen, die mit peinlicher Genauigkeit und Widerkehr jedes Semester angesetzt wurden, der Studentenbewegung, die immer mehr das zu verlieren schien, was sie einmal war, neues Leben zu verleihen, allerdings um sie für ihre spezifischen Interessen zu instrumentalisieren.

Die Studentenbewegung hat sich das allerdings nie gefallen lassen, auch wenn es gelegentlich so aussieht, als würde sie sich immer mehr in reformistische Bahnen einpendeln und unpolitischer werden. Die Studenten haben in entscheidenden Fragen anders abgestimmt als die Politfunktionäre von ihnen erwartet haben: nämlich mit den Füßen, indem sie weg blieben oder sich vom ewigen Linienstreit fernhielten.

Die Geschichte der VDS indes ist eine andere. Hier geht es um Macht, Prestige oder gar Karriere für manchen Parteigänger (das war in den 50-er Jahren schon so). Schlüsselbegriff ist hier die sog. "Aktionseinheit" der im VDS-Vorstand vertretenen Gruppen: MSB/SHB, Jusos, LEV und Basisgruppen. Über diese Aktionseinheit gibt es nur eine richtige Aussage, nämlich daß sie nicht existieren kann, solange die Divergenzen zwischen den Strömungen in der VDS sich nicht ändern.

Aktionseinheitspolitik in den VDS soll aber laut ihren Schöpfern (MSB/SHB und Stamokap-Jusos bzw. LEV) heißen, daß sich die einzelnen Fraktionen auf und in bestimmten Aktionen einigen können, daß ein gemeinsames Vorgehen, ein einmütiges Handeln möglich ist. Darüber, das heißt über welche Aktion und das wie beschließt dann die Mitgliederversammlung "mehrheitlich". Die kurze Geschichte der VDS zeigt allerdings ein klares Bild dessen, was unter Aktionseinheit tatsächlich zu verstehen ist: der Versuch von MSB/SHB und Co, gelegentlich taktisch unterstützt von Jusos und LEV, die Basisgruppen zu zwingen, der begehrten "Einheit" willen einige Grundpositionen aufzugeben. So sollte auf der 1. und 2. ordentlichen Mitgliederversammlung der VDS 1976 und 1977 in Köln die Basisgruppen gezwungen werden, zu den Demonstrationen und den Aktionen der von der DKP majorisierten "Abrüstungskomitees" aufzurufen. Nicht, daß die Basisgruppen etwas gegen Abrüstung oder für Aufrüstung hätten. Nur wenn die Demos, die von gut ausgesuchten Ordern (kräftige junge Männer aus den Reihen der DKP) so augenfällig die Außenpolitischen Interessen der Sowjetunion verfolgen und es schier unmöglich ist, internationale Abrüstung und ihre tatsächliche Verknüpfung

an das Weltkräfteverhältnis im Zusammenhang aufzuzeigen, können sich die Basisgruppen hieran nicht beteiligen. Andererseits dienen solche Kampagnen auch dem Ziel der DKP nach einer "antimonopolistischen Demokratie", zu deren Zweck es notwendig ist, daß der "DKP-Kommunismus" salonfähig gemacht wird bzw. die Gewerkschaftsspitze und relevante Teile der SPD an die DKP herangeführt werden. Auch das liegt jenseits der Interessen der Basisgruppen.

Jedoch wurde im Sommer 1977 von der Landes-Asten-Konferenz in Bawü eine Demonstration in Heidelberg gegen die dort verhängten Ordnungsrechtsmaßnahmen organisiert. Die VDS hatte sich mehrheitlich für diese Demonstration ausgesprochen. Trotzdem haben so gut wie alle MSB/SHB- bzw. GO-Asten weder einen Aufruf für für diese bundesweite Angelegenheit herausgegeben noch die VDS-Publikationen, die hierzu massenweise verschickt wurden, an ihren Hochschulen verteilt. Das damalige Vorstandsmitglied des MSB in den VDS hat sogar am Morgen der Demonstration in Heidelberg Flugblätter verteilt, die sich gegen eine Beteiligung an der Demo aussprachen.

Eine weitere, sehr wichtige Angelegenheit ist der angeblich so erfolgreiche (nach Meinung der GO-Fraktion) bundesweite Streik im Wintersemester 1977/78. Der VDS-Vorstand hatte hierfür eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, auf der sich nur um das Anfangsdatum gestritten wurde. Das eigentliche Problem, wie der Streik koordiniert werden könnte oder ob man befristet und planmäßig, also von oben her kontrollierbar streiken sollte, wie es sich MSB/SHB ausgedacht hatten oder ob man unbefristet, also je nach Möglichkeit vor ORT, aber auf jeden Fall mit der Intension, eine entschlossene Front von Boykottierwilligen Studenten aufzubauen, die entschieden gegen das ERG vorgehen wollen, war von vorneherein fraktionell entschieden. Es blieb undiskutierbar und damit gab es keine Einigung in diesem Punkt. Das hatte starke Nachteile für die Studenten in Bawü, deren LHG Anfang November 1977 angepaßt wurde und die sich, nachdem sich auf Streikbeginn 28. November geeinigt wurde (der GO-Vorschlag), dann einer nur halbherzigen bundesweiten Solidarität gegenübersehen. Der Streik hat dann die Hochschulen nicht in wesentlicher Form verändert, obwohl die GO-Fraktion den Streik als den Riesenerfolg der VDS und ihrer klugen Taktik heute hinstellen will. Die VDS erwies sich gerade in diesem Streik als unfähig, eine Streikbewegung zu koordinieren (Gott sei dank!), den Willen der der Streikenden auszudrücken. Statt dessen verschwieg die VDS-Berichterstattung die wesentlichsten Ergebnisse, wie etwa die Streiks in Hessen oder diejenigen in Berlin. Gerade die Berichterstattung über die vom Bundesgebiet isolierten Hochschulen in Berlin wurden und werden von den VDS stiefmütterlich behandelt, denn es handelte sich beispielsweise anläßlich der bundesweiten Streiks in Berlin um Bewegungen, in denen MSB/SHB und Co eine marginale Rolle spielten, und die es (vielleicht deshalb) doch zu mehr brachten als der grellste Lichtblick, der von irgendeiner MSB-Hochburg ausging: eigenartigerweise ganz ohne VDS!



Aber die wohl denkwürdigste Geschichte, die sich die VDS leistete war das sogenannte Brandtgespräch, das unmittelbar an die Streiks im Dezember anschloß. Wenn die VDS auch nur den geringsten gewerkschaftlichen Touch haben wollte und nicht ein verkommenen Funktionärshaufen wäre, dann hätte sie mit allen Mitteln ihrer Öffentlichkeit erklären müssen, wozu dieses Gespräch geführt wurde, was besprochen wurde und welche Ergebnisse erzielt wurden. Mit nichts. Man beschloß aufgrund dringendem Anraten der SPD-Spitze erst einmal zu schweigen. Die bürgerliche Presse begann, über das Vorstandsmitglied der Basisgruppen (A. Schmeissner) in den VDS verleumderische Dinge zu verbreiten. Offenbar hielt man sich seitens der SPD-Spitze nicht an diese Vereinbarung sondern spielte der Presse unfertige Materialien zu, die auf den kritischen Dialog zwischen Schmeissner und Willy Brandt, der jetzt einen Herzinfarkt hat, zurückzuführen waren. Der VDS-Vorstand hat sich hierzu nie geäußert - freilich außer Ali Schmeissner selbst.

Der Vorgang aber zeigt außer der Art von Öffentlichkeitsarbeit, wie sie die VDS betreibt noch etwas, nämlich, daß die VDS der bundesdeutschen Studentenschaft relativ WURSCHEI ist, die man duldet, aber nicht ganz für voll nimmt. Ihr Taktieren und Politfunktionieren ist in der Tat eine entfremdete und äußerliche Angelegenheit. Wer also die Bedeutung der VDS und ihre Funktion in dramatisch übersteigter Form sieht oder zu sehen glaubt, der schmiert sich und anderen Dreck vor die Augen. Ein Blick auf Mitgliederversammlungen kann dem leicht Abhilfe verschaffen. Was dort geschieht ist in der Regel so traurig, nämlich irgendwie die verkommenste Form repräsentativer Demokratie, die man sich vorstellen kann. Da gibt es einen Sauhaufen von ca. 400 Leuten, die nichts anderes sind als Stimmvieh der Oberfunktionäre. Letztere

(vielleicht 10 Typen) handeln im wahrsten Sinn des Wortes die Politik und den Verlauf der Versammlung aus - wie Kuhhandel. Dabei manipuliert die Versammlungsleitung in primitiver aber wirksamer Weise die auf Kadavergehorsam getrimmten Versammelten. Zum Glück gibt es die Sponti-Fraktion, die sich das nicht gefallen läßt und die chaotische Ordnung der Funktionäre gelegentlich empfindlich aber ebenso wirksam stört. Man könnte die autoritäre Art des "politikmachens" der VDS vielleicht entschuldigen, falls dabei etwas akzeptables herauskommen würde, aber das trifft nicht zu.

Das Positionsgrangel im VDS hat schließlich dazu geführt, daß die VDS für eine Novellierung des HRG eintritt nicht aber für eine vollständige Rücknahme, denn das sei nicht realistisch. Die Forderung nach Novellierung soll das größte Leid von den Studenten fernhalten (Regelstudienzeit, Ordnungsrecht etc..) aber das beseitigt nicht die Sackgasse, in der die Hochschule sich derzeit befindet. Der "kritische Dialog", den die Befürworter einer Novellierung des HRG gerne mit der Bundesregierung und den Kultusministerien führen würden hat somit keine andere Funktion, als daß damit der herrschenden Sozialdemokratie der Weg des geringsten Widerstandes aufgezeigt wird - wenn auch unfreiwillig. Gesetze machen die Herrschenden und der notwendige außerparlamentarische Druck zur Veränderung starrer Verhältnisse wird nicht durch schönes Geschwätz mit Politikern und Kapriolen auf irgendwelchen Veranstaltungen, zu denen vielleicht ein Krollmann geladen ist, hergestellt werden. Ein weiterer Gesichtspunkt, der sich beim Betrachten der aktuellen VDS-Politik aufdrängt, ist die immer stärker zunehmende Polarisierung zwischen DKP/MSB und Co auf der einen und der undogmatischen Linken auf der anderen Seite. Darüber im Folgenden.

DER MSB RENNT GEGEN DEN "LINKEN ANTIKOMMUNISMUS"!!!

Wer die politischen Verhältnisse in Osteuropa kritisiert und nicht in die rechte Ecke oder im sozialdemokratischen Lager einzuordnen ist oder gar einer K-Gruppe, dem wird "linker Antikommunismus" vorgeworfen. Denn er habe ja kein Verständnis für die Schwierigkeiten, die beim Aufbau des Sozialismus bestünden und arbeite sowieso mit den gleichen Methoden wie Springer und Strauss - heißt es in DKP-Verlautbarungen - und spiele diesen in die Hände. Solche kleinen Bemerkungen gibt es schon lange, aber seit kurzem haben sie sich verstärkt. Das liegt an einfachen Gründen: die undogmatische Linke beginnt, sich auf mehreren Gebieten Öffentlichkeit zu erobern. Die DKP hat sich im gesamten Bundesgebiet immer für die einflußreichste unter den "Linkskräften links der SPD" gehalten. Dann besaßen Teile dieser Linken anlässlich der Landtagswahlen die Unverschämtheit und traten in Hamburg, Hessen und Bayern mit "GRÜNEN LISTEN" ins Spiel und verwiesen die DKP z.T. weit unter die halbzwei-Mark-Prozent-Marke. In der Tat waren die Grünen auf günstigstem Weg, etwas zu schaffen, wovon die DKP bisher nur träumte: tief in die öffentliche Diskussion einzutreten. Schließlich verkörpern die Grünen doch die erfolgreichste außerparlamentarische Bewegung der 70-er Jahre.



VDS-VORSTAND + Anhänge zur SHAMVERGABE

Aber die Felle der DKP beginnen auch wegzuschwimmen, sobald man sich mit den Dissidenten der "realen Sozialismus" beschäftigt. Es ist schon bemerkenswert, daß sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit nicht, wie sie das sonst tut, etwa für die Freilassung und den Fall Rudolf Bahros interessiert. Hierbei kann die originelle Erkenntnis gewonnen werden, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Unsere demokratische Öffentlichkeit verstummt, wenn es um linke Kritiker des realen Sozialismus geht. Bahros Buch die Alternative belegt, daß wir es nicht mit einem Konterrevolutionär oder sonstwas zu tun haben, wie gerne von der DKP und "Neues Deutschland" behauptet, sondern mit einem Denker, der brauchbare Analysen über den nichtkapitalistischen Weg zum Sozialismus verfaßt hat, die es wert sind gelesen zu werden und sich weit jenseits der beschönigenden und rechtfertigenden Literatur bewegt, die uns sonst aus der DDR zuteil wird. Wer Freiheit für Rudolf Bahro fordert erscheint also in der DKP-Logik als (linker) Antikommunist. An dieser Stelle möchten wir bemerken, daß die Kritik des realen Sozialismus uns allerdings nicht so wichtig erscheint, daß wir hierüber die Verhältnisse in der Bundesrepublik außer acht lassen würden. Nur lassen

KAUFT VÖLLIG
UNBRAUCHBAREN
MIST!

NUR
2,-

wir uns von der DKP keinerlei Selbstzensur auferlegen, wir können bürokratische Entartungen angeblich sozialistischer Regime nicht in Schutz nehmen, denn sie unterdrücken den Großteil der Bevölkerung ebenso wie dies in der Bundesrepublik mit anderen Mitteln geschieht.

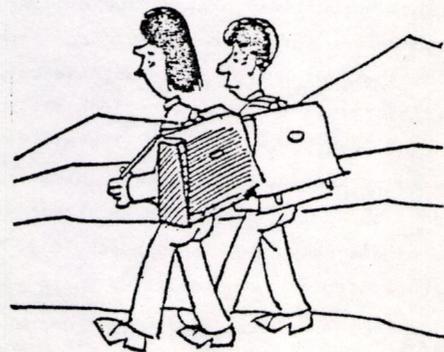
Vielleicht sollten noch zwei Dinge genannt werden, denen von Seiten der DKP untersteckt werden, daß sie ihre Monopolstellung ins Wanken bringen könnten. Das wäre die Tageszeitung und das Russeltribunal. Die TAGESZEITUNG wäre, das zeigt der Verkauf der beiden bisherigen Ausgaben des Regionalblattes in Darmstadt (gedacht als Wochenbeilage für die spätere TAGESZEITUNG), in der Lage, das DKP-Organ UZ in den Schatten zu stellen. Die DKP sieht diese Zeitung zweifellos als Konkurrenzunternehmen an. Tatsächlich hat das nichts mit Konkurrenz zu tun, sondern damit, daß die UZ ebenso wie andere bürgerliche Zeitungen wichtige Informationen eben unterschlagen hatte. Was kann man von einer Parteizeitung auch anderes erwarten?

Das RUSSEL-TRIBUNAL, das sich ebenso wie die DKP-nahen "Initiativen" gegen Berufsverbote ausspricht wird ebenso als ein Konkurrenzunternehmen angesehen. Auch hier ist es wieder die ausschließliche Fixierung dieser Initiativen auf das Berufsverbot, als d e r Repression, die ihnen die Sichtweise verstellt vor ganz anderen Repressionen, wie beispielsweise: Zensur, Verteidigerausschlüssen, verschärfte Polizeigesetze usw. Zum tatsächlichen Konkurrenzunternehmen wurde das Tribunal erst, als die DKP ihre Mitarbeit versagte, die ihr mehrfach angeboten wurde. Mittlerweile wurden DKP-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen, weil sie vor dem Tribunal Aussagen über ihr Berufsverbot machten.

Hinter der Hysterie der DKP steckt die Befürchtung, daß Leute wie Rudi Dutschke, Milan Hraček und anderen zusammen mit Jochen Steffen und Peter von Oertzen eine neue Partei gründen könnten und damit der DKP via "Eurosozialismus" den Weg zum politischen Erfolg verbauen könnte.

Das gleiche gilt übrigens für die Hochschulen, wo Ali Schmeißner, ein guter Freund Rudi Dutschkes, mit vereinzelten Initiativen in Berlin, vielleicht auch innerhalb der Jusos, einen neuen S D S gründen will, der dem MSB vielleicht "gefährlich" werden könnte. Das sind zwar Spekulationen, aber es steht fest, daß die DKP+MSB sich in verstärktem Maß auf undogmatische Gruppen stürzt und ihnen alles Mögliche versucht nachzuweisen und anzuhängen. Dabei beteiligt sie sich bei der Kampagne, die Spontis in Mißgrdit zu bringen und zu denunzieren, weil sie hier bei vollstem Aufgebot theoretischer und Erkenntnis vermittelnder Schwäche die schwächste Stelle der undogmatischen Linken vermutet. So begab es sich denn auch, daß der MSB versuchte, in seiner letzten Broschüre über die verfaßten Studentenschaft die Überlegung der Basisgruppen mit denen der Jusos über deren Studentengewerkschaftsmodell in einen Topf zu werfen. Wir können hier nur bekräftigen, daß wir es dem MSB nicht so einfach machen werden, wie er uns unterstellt, die verfaßte Studentenschaft einfach

anderen zu überlassen. Um ASTA, Stupa und Fachschaften werden wir kämpfen sofern sie uns durch den Vermögensbeirat aus den Händen genommen werden, ohne zubeaupten, daß dies die beste aller Selbstverwaltungsformen wären. Unser politisches Ziel ist es allerdings auch, die gegenwärtigen Strukturen durch bessere zu ersetzen, vielleicht durch ein direktes Räteprinzip ohne das repräsentative Parlament,.... oder, daß die Fachschaftsvertreter zusammen das Stupa bilden.... unsere Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen. Jedenfalls sind unsere Absichten nicht vom Rückzug gekennzeichnet, selbst wenn wir meinen, daß dendeutschen Studentenschaften nichts Besseres getan werden kann, als die VDS in ihrer momentanen Form aufzulösen, um es vielleicht durch ein überschaubareres, von unten leichter kontrollierbares Koordinationsystem zu ersetzen.



Basisgruppen an der THD

Perspektiven der Überregionalen Zusammenarbeit.

Zuerst müssen wir betonen, daß wenn wir auch der Meinung sind, daß die VDS ihre Aufgaben als überregionales Gremium der Studentenschaften nicht wahrnimmt, wir die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit selbstverständlich nicht bestreiten.

Derhalb müssen wir uns überlegen, wie wir die überregionalen Aufgaben besser als bisher wahrnehmen können. Ein einfacher Austritt aus der VDS stellt für uns keine Perspektive dar. Zudem gibt es einige Aufgabenbereiche, die innerhalb der VDS teilweise noch relativ gut funktionieren. So gibt es Fachtagungen, auf denen sich die Fachschaften der Bundesrepublik treffen und die Probleme ihres Studienganges regeln können. Die Fachschaften wählen einen Sekretär, der ihre Aufgaben während der Jahres innerhalb der VDS wahrnimmt. Viele Fachschaften haben allerdings ihre Zusammenarbeit außerhalb der VDS organisiert.

Außerdem gibt es innerhalb der VDS sog. "Projektbereiche", das sind Arbeitsgruppen zu bestimmten Themenschwerpunkten wie z.B.

Soziales, Frauen, Ökologie, Lehrerausbildung, Internationalismus. Die Arbeit, die dort geleistet wird ist für die einzelnen Studentenschaften notwendig, denn viele ASTen haben Schwierigkeiten, Informationen zu diesen Themen zu bekommen.

Allerdings gilt vieles, was wir an der VDS kritisieren auch für Fachtagungen und Projektbereiche. Häufig hindert sie der ewige Fraktionenstreit daran, eine sinnvolle Arbeit zu leisten. So wurden z.B. dem Projektbereich Ökologie, der sich u.a. mit Verantwortlichkeit der Wissenschaft gegenüber der Umwelt beschäftigt von der VDS die Gelder gesperrt. Da der Projektbereich interessante Arbeit leistet, -Es wurde z.B. ein Buch veröffentlicht, daß sich mit Widerstand gegen Kernkraftwerke in allen Industriestaaten beschäftigt- hat der Asta der TH-Darmstadt beschlossen, den Projektbereich direkt aus den für die VDS veranschlagten Mitteln zu finanzieren.

Auch auf Fachtagungen geschehen oft Dinge, die wir von der Gesamt-VDS kennen. Siehe dazu den Bericht der Fachschaft Mathematik, die im letzten Semester die Fachtagung Mathematik besuchte.

Fachschafts- und Basisgruppe Mathematik

Unsere Erfahrungen mit den VDS in Form der Fachtagung Mathematik

Der für die Fachschaftsarbeit interessante Teil der VDS sind die Fachtagungen, das sind bundesweite Versammlungen der Fachschaften. Dieselben üblen Geschichten, die auf den VDS-Mitgliedsversammlungen laufen, haben wir im kleinen auch schon erfahren müssen.

Dazu zitieren wir aus dem Fachschaftsinfo Mathe/Physik vom Januar 79, S.9:

"So, jetzt kam der Höhepunkt dieser Fachtagung, nämlich: Gehen wir in die studrefkom (Studienreformkommission) oder nicht?

Verblüfft waren wir, als das Sekretariat (das sind die Leute, die das Ganze vorbereiten, Einladungen verschicken, die Tagesordnung vorschlagen usw.) so tat, als müßten nur noch die Vertreter benannt werden. Da mußten wir doch mal heftig widersprechen, denn auf unserer VV vom 14.12., die leider sehr schwach besucht war, hatte sich eine Mehrheit gegen ein Hineingehen in die studrefkom ausgesprochen. Auf der anschließenden Diskussion wurden nochmal die bekannten Argumente ausgetauscht. Vor allem wurde die Möglichkeit gesehen, Informationen schon sehr frühzeitig zu bekommen, mit den Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen, alternative Studienreformvorschläge formulieren zu können, den Charakter dieser studrefkom aufzudecken, und den berühmt-berüchtigten RCDSler zu verhindern. Leider blieben uns die Befürworter die Antworten darüber schuldig, welche wichtigen Informationen man so frühzeitig erhalten müßte um uns noch zu retten, was der Kontakt mit einem einzelnen Gewerkschaftler bringt und warum man ein staatlich oktroyiertes Gremium braucht, um mit den Gewerkschaften in Kontakt zu kommen.



(der Staat ist doch wohl kein Eheanbahnungsinstitut), warum Studienreformvorschläge dort formalisiert werden, wo sie sowieso nicht behandelt werden, warum der schon bekannte Charakter noch einmal aufgedeckt werden soll (es gibt schon einige studrefkoms), und welche Schwierigkeiten es machen sollte die Nichtlegitimation eines RCDSlers aufzuzeigen. Unseres Erachtens wollen sich die Befürworter nicht eingestehen, daß der Hauptzweck der studrefkom... der ist, die Voraussetzungen für 8-Semester Regelstudienzeit zu schaffen. Immerhin waren sich alle einig, daß man in der studrefkom eigene Vorstellungen nicht durchsetzen kann. Danach wurde mutig zur Abstimmung geschritten. Aber keiner möge nun glauben, das gehe in 5 Minuten. Uneinigkeit herrschte welcher Antrag zuerst abgestimmt werden sollte, die Folge war uneingeschränktes Chaos. Nach 1 1/2 Stunden laufendem Händchen heben und senken, kam folgendes Ergebnis heraus:

Uneingeschränkte Mitarbeit in der studrefkom (15 ja, 3 nein, 4 Enthaltungen)
Sofort zogen die Befürworter ihre Kandidaten aus dem Hut.

Jelto Buurman (MSB/Oldenburg) + Arno Pasternak (SHB/Clausthal-Zellerfeld)

wissen unsere Obermacher in der studrefkom (falls jemand diese Namen in der Zeitung lesen sollte, weiß er nun wer das ist).

Noch ein paar Anmerkungen: sämtliche Anträge, die auf Einschränkung der Mitarbeit hinzielten (z.B. nur Informationspolitik, oder grundsätzliches Ablehnen jeglicher Kompromißvorschläge), wurden abgelehnt. Auch ist man verwundert, wenn man von einem Karlsruher Kommilitonen hört (Prof von ihm ist in der zentralen studrefkom), daß frühestens 1981 (!) eine studrefkom für Mathe gebildet werden soll, und heute werden schon die Kandidaten bestimmt (hoffe, daß Jelto bis dahin nicht schon Prof ist). Hier geht's wohl einigen nicht schnell genug. Eine Bonner Kommilitonin ließ zu Anfang anklingen, schlechte Erfahrungen mit studrefkom gemacht zu haben, später war davon nichts mehr von ihr zu hören, ob das wohl mit der Fraktionsitzung des MSB zu tun hatte, an der sie teilnahm?"

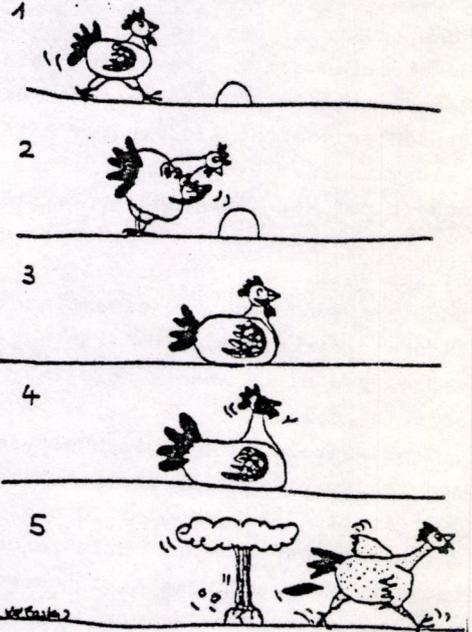
Was fiel noch auf an dieser Fachtagung?

Offensichtlich war es der GO(Gewerkschaftlich Orientierte)-Fraktion (msb/shb) gelungen alle ihre Fachschaften zu mobilisieren, daraus ergaben sich die Mehrheitsverhältnisse auf dieser Fachtagung. Auch stellte sich diese Fachtagung mehr als eine Abstimmungsmaschinerie dar, denn als eine Möglichkeit des Gedankenaustauschs. So sollen das nächste Mal Grundthesen zur Studienreform verabschiedet werden, nach denen Jelto der Große sich orientieren kann. Es stellt sich die Frage: ist die Fachtagung nicht auf dem besten Wege, ein Gremium für ein paar wenige zu werden, die sich um theoretische Grundthesen kloppen, statt sich um die Realität des Mathestudenten zu kümmern. In der Frage der Orientierungseinheiten hat sie hier schon realitätsnah Positives geleistet."

Ob man wohl noch mehr Positives erwarten kann? In nächster Zeit soll die Fachtagung wohl ausschließlich dazu benutzt werden, Richtlinien für die Mitarbeit in den Studienreformkommissionen zu erarbeiten; diese Mitarbeit lehnen wir ja ab. Das bedeutet für und eventuell, daß wir unsere Arbeit in der Fachtagung einstellen, was einem Austritt des ASTA aus den VDS vergleichbar wäre.

Basisgruppe Mathematik.

Schneller Brüter



Eine weitere Aufgabe für uns wäre die von der VDS vernachlässigte "Baden-Württemberg-So lidarität", also die finanzielle Unterstützung der dortigen unabhängigen Studentenschaften. Die VDS hatte gerade so viele Mittel bereitgestellt, daß sie zumeist für Reisen der Funktionäre, der Baden-Württemberg Zentralsastens, nach Bonn aufgebraucht werden konnten. Wir können dadurch, daß wir eine Hochschule massiv unterstützen, einen konkreten Beweis von Solidarität mit den dortigen Studentenschaften liefern. Der AstA soll deshalb mit einer Baden-Württemberg Studentenschaft, der wir finanzielle Unterstützung geben können, eine sog. Patenschaft eingehen. Dieses sollte allerdings beispielhaft für andere Asten sein, denn eine Einzelinitiative des darmstädter TH-AstAs nützt sehr wenig, wenn nicht Andere bereit sind, ebenso zu handeln.

Eine weitere gute Möglichkeit der Zusammenarbeit ist und bleibt die Landesastenskonferenz. Dort treffen sich regelmäßig die Vertreter der hessischen Asten, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Aktionen vorzubereiten. Dieses Gremium ist von ähnlichen Bürokratiestrukturen, wie sie die VDS besitzt, weitgehend befreit. Da die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen infolge der Kultushoheit der Länder, stärker auf Landes- als Bundesebene stattfinden, wäre eine bessere Zusammenarbeit der hessischen Studentenschaften nötig.

Bei diesen Bestrebungen müssen wir allerdings aufpassen, daß sich bei einer eventuellen Gründung eines Landeszusammenschlusses, der seit einiger Zeit im Gespräch ist, nicht die gleichen Strukturen, die eine Arbeit im VDS behindern, einschleichen. Dieses ist aber weniger wahrscheinlich, da die Kommunikationsmöglichkeiten auf Landesebene viel besser sind. Die AstA können sich regelmäßig pro Monat treffen und auf diese Weise den Verband kontrollieren.

So wird seit einem Jahr innerhalb der LAK über die Gründung eines Vereins zur Unterstützung der hessischen Studentenschaften diskutiert. Man will auf diese Weise Asten, die durch vom Kultusministerium angeordnete Amtsenthebungen oder Geldersperrung in Not geraten sind, unterstützen. Dieses war in der Frage der Bildung von Vermögensbeiräten akut, da die Gefahr ge-

sehen wurde, daß durch finanzielle Sanktionen, mißliebige Asten unter Druck gesetzt werden können. Der Landesverein hätte dann die Aufgabe, diese Studentenschaften zu unterstützen.

Nach der VDS-MV wird in einigen Asten wieder über die Möglichkeiten, die eine solche Zusammenarbeit bieten kann, diskutiert. Denn es besteht bei sehr wenigen hessischen Asten eine uneingeschränkte Bereitschaft, innerhalb der VDS weiter zuarbeiten.

Nachwort

Dieses ist ein Beitrag der Basisgruppen. Wir hatten versucht, zu einer gemeinsamen Stellungnahme mit der Juso-Hochschulgruppe zu gelangen. Bisher schien das möglich. Noch in ihrem Entwurf zu einem AstA-Aktionsprogramm stand folgendes:

"Kurzfristige Lösungsmöglichkeiten (der Überregionalen Zusammenarbeit) sind z. B. Unterstützung von Projektbereichen oder von Fachtagungen. Auch das Projekt einer hessischen Lösung kann auf mehreren LAKen besprochen werden."

Nun scheitern aber innerhalb der Juso-Fraktion Leute die Politik des AstA bestimmen zu wollen, die unbedingt aus der Verfaßten Studentenschaft heraus drängen und das Projekt einer "Studentengewerkschaft", die man sehr schön in das SPD-DGB System eingliedern könnte, forcieren. So wurde also prompt unseren Lösungsmöglichkeiten für eine überregionale Zusammenarbeit widersprochen, dafür schlugen sie vor, (ihre eigenen) bereits existierenden "gewerkschaftlichen Gruppen" (18 Stück mit ca. 150 Mitgliedern) die z. B. in Bochum einem gewählten AstA bekämpfen, zu unterstützen. Für sie ist wohl ein Austritt aus der VDS ein erster Schritt zur Sabotierung der Verfaßten Studentenschaft. Da wir zur Zeit keine Alternative zur Verfaßten Studentenschaft sehen, halten wir diese Einstellung für sehr gefährlich. Ein Austritt aus der VDS ist für uns ein notwendiger Schritt, um sich von einem alten Ubel zu befreien und etwas neues, besseres aufzubauen.



REGELSTUDIENZEIT - KONSEQUENZEN FÜR DIE STUDENTEN UND DIE GESELLSCHAFT

Seitdem das HRG in der Diskussion ist, und besonders seit es im Dezember 1975 in seiner derzeit gültigen Fassung verabschiedet wurde, nimmt ein Teil in der Diskussion unter den Betroffenen immer breiteren Raum ein: Die Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation (im folgenden kurz Regelstudienzeit genannt). Letztere findet man im inzwischen ans HRG angepasste Landeshochschulgesetz (EHG) in § 58 (2) und (3). Dort heißt es :

(2) *Überschreitet ein Student die in der Prüfungsordnung festgelegte Frist für die Meldung zu einer Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung, wird er von der Hochschule aufgefordert, sich zur Prüfung zu melden. Auf seinen Antrag ist ihm eine Nachfrist bis zum nächsten Prüfungstermin, mindestens aber von 6 Monaten einzuräumen. Eine Nachfrist bis zu 12 Monaten ist einzuräumen bei Krankheit, einschneidenden Veränderungen der Lebensverhältnisse, erheblicher zeitlicher Belastung durch Mitwirkung in Selbstverwaltungsorganen der Hochschulen, der Studentenschaft oder des Studentenwerks oder bei Vorliegen anderer besonderer Gründe. Eine längere Nachfrist als zwölf Monate darf nur dann eingeräumt werden, wenn der Student die Gründe für die Nachfrist nicht zu vertreten hat. Ein solcher Grund liegt auch vor, wenn das für die Einhaltung der Fristen notwendige Lehrangebot nicht sichergestellt war. Eine Nachfrist kann unter der Bedingung gewährt werden, daß der Student an der Studienberatung teilnimmt. Über Anträge auf Fristverlängerung entscheidet der Leiter der Hochschule, bei Gewährung einer Nachfrist von mehr als sechs Monaten im Benehmen mit der zur Abnahme der Prüfung zuständigen Stelle.*

(3) *Meldet sich ein Student nach der Aufforderung nicht innerhalb der von der Hochschule festgesetzten Frist zur Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung, ohne eine Nachfrist beantragt zu haben, oder hält er eine ihm gesetzte Nachfrist nicht ein, ist er zu exmatrikulieren.*

und in den Übergangs- und Schlußvorschriften unter § 82 in schönem Bürokratendeutsch:

(2) *Innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes sind in die Prüfungsordnungen - Bestimmungen über die Fristen nach § 58 aufzunehmen. Diese Fristen sind so festzulegen, daß die Prüfungen innerhalb der Zeit abgelegt sein können, die in den drei Jahren vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Absolventen des Studiengangs ohne Ein-*

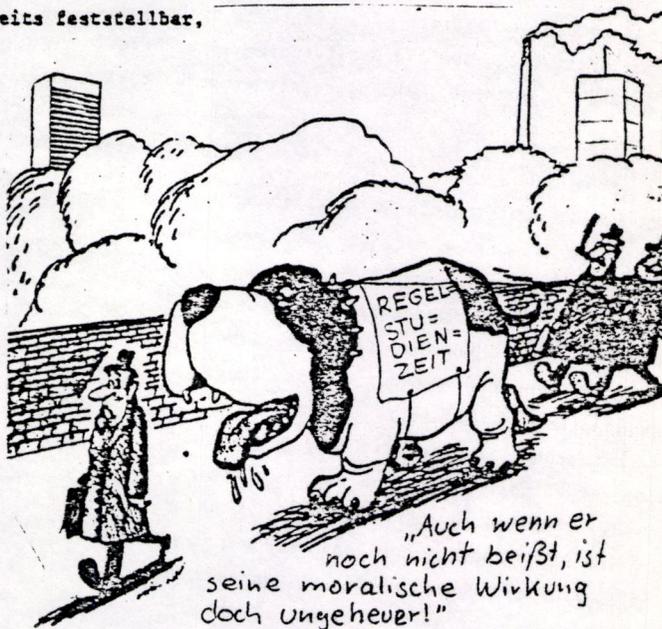
beziehung von Wiederholungen im Durchschnitt bis zur Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung benötigt haben. Diese Bestimmungen sind nach ihrem Erlass erstmals auf Studenten anzuwenden, die ihr Studium im Wintersemester 1978/79 begonnen haben.

Wie Krollmann dies versteht, hat er letztes Semester gezeigt, indem er dem 1. Semester in seinem inzwischen berühmt-berühmten Schrieb mitteilte, daß alles ja gar nicht so schlimm sei und ihnen flugs klargemacht, auf welche "Übergangsmeldefristen" sie sich gefälligst einzustellen haben.

Die THD, die sich nach Beschluß des Ständigen Ausschusses I geweigert hatte, diesen Brief weiterzuleiten, wurde angewiesen, dieses schnellstens nachzuholen.

Das neueste Osterei, das KuMist Krollmann ausgebrütet hat: In den Semesterferien verschickte er an die THD die Aufforderung, im Senat bis zum 15. Mai die Aufnahme der Übergangsregelstudienzeiten zu beschließen, ansonsten werde er die von ihm vorgelegten sowieso erlassen.

Die ersten Auswirkungen der Regelstudienzeit (RSZ) sind bereits feststellbar,



allerdings anders, als man es sich nach offiziellen Verlautbarungen wie "die Regelstudienzeit wird die Unis besser auslasten, sie diene der Förderung der Studienreform" offensichtlich vorstellte. In Baden-Württemberg beginnt man sich zu Überlegen, ob man die Zwangsexmatrikulation nicht wieder abschaffen solle, und langsam scheint sich selbst die Erkenntnis, daß man durch Regelstudienzeit keine neuen Studienplätze für Studienanfänger schaffen kann, durchzusetzen. Allerdings sind dies erst Überlegungen, die Ba-WÜ-KuMi Engler anstellte, Konsequenzen aus dieser Erkenntnis wurden bisher nicht gezogen.

Auch die Behauptung die Regelstudienzeit diene der Durchsetzung der Studienreform, läßt sich nicht länger aufrecht erhalten. Studienreform ist ein Prozeß, der nicht innerhalb einer gesetzten Frist von 2 Jahren, wie sie im HHG vorgesehen sind, abzuschließen ist. So lassen sich höchstens kosmetische Veränderungen vornehmen. Und: aufgrund der Aussage, RSZen würden erst dann eingeführt werden, wenn die Studienreform abgeschlossen ist, gerät jeder Versuch einer Studienreform an den Hochschulen in den Verdacht, Regelstudienzeiten durchzusetzen. Somit hat man die paradoxe Situation, Regelstudienzeiten nur dadurch verhindern zu können, indem man Studienreform verhindert.

Zudem trifft die RSZ die Studenten, die aus finanziell schwächer gestellten Familien kommen, besonders hart. Man hat wohl übersehen, daß viele Studenten in der vorlesungsfreien Zeit arbeiten müssen. So wird bewirkt, daß letzteres nur noch in sehr geringem Maße möglich wird - und die Zahl der Studienabbrecher wird dadurch noch einmal vergrößert. Zudem finden in der vorlesungsfreien Zeit Praktika und Prüfungen statt. Auf diese Weise werden also die Studenten am härtesten getroffen, die von ihren Eltern keine finanzielle Unterstützung erwarten können.

Die für die Gesellschaft unerwünschten Folgen wie die, daß Abiturienten aus der Furcht, sie würden das Studium auf Grund zu kurzer Zeit erst gar nicht abschließen können, auch gar nicht erst anfangen zu studieren. Die in der Folge zu erwartende hohe Zahl von Abbrechern, die dann ohne Abschluß auf der Straße stehen, hatten die Macher dieses Gesetzes offensichtlich nicht bedacht.

(In Baden-Württemberg, das die Regelstudienzeiten bereits vor Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes eingeführt hatte, betrifft dies einige 1000 Studenten; allerdings weigerten sich die Hochschulen bislang, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.)

Außerdem: Stellt man sich die Verwirklichung des Grundrechts auf Bildung so vor, daß der Absolvent die Hochschule als angepasster Fachidiot verlassen soll, der nur seine Fachwissenschaft kennen kann, da er zum einen einen berufsqualifizierenden Abschluß vorweisen soll, und zum anderen durch die Regelstudienzeit für nichts anderes als für seine Fachwissenschaft mehr Zeit hat? Solcher Art kurzsichtiger Politik zeigt doch nur, mit wie wenig Sachverstand, dafür um so mehr Zahlenschiebereien, die das Problem nicht lösen können, man versucht sich durchzuwursteln. Die Folgen solchen Fachidiotentums sah man sehr deutlich in Seveso und an der schleichenden Zerstörung der Umwelt.

Das die gesellschaftliche und den Menschen in seiner direkten Existenz treffende Bedeutung von Wissenschaft und ihrer Anwendung nur oft genug vergessen wird, zeigt das an der THD im Fachbereich 13 diskutierte Projekt der „Flutung der Quattara-Senke“: Mit Hilfe von ca. 200 (zweihundert) Wasserstoffbomben plant man einen Kanal vom Mittelmeer zu diese Senke zu sprengen, um sie zu fluten. Die möglichen Auswirkungen dieser ... Idee mag sich jeder selbst vorstellen.



„Also, Herr Kollege, ich bin fertig mit den Bomben, wir können nur hoffen das ihr strahlenfester Homo Quattara bald die Erde bevölkert!“

Auch scheinen die Auswirkungen auf die Studenten nicht so ganz die erwünschten zu sein: die Bildung von Betroffenengruppen (1. und 2. Semester) auf Fachbereichs und Hochschulebene deutet an, daß ein Widerstand gegen solche von Seiten der Kultusbürokratie verordneten Regelstudienzeiten vergrößert; während man offensichtlich hoffte, die "Ruhe an den Universitäten" u.a. mit dieser Maßnahme wieder herstellen zu können.

Es bleibt nur zu hoffen, daß dies kein Strohhalm bleibt; denn ob man die Kultusbürokratie zur Einsicht bringen kann, indem man lediglich Apelle an sie richtet, bleibt zumindest zu bezweifeln. Wie lange so etwas dauern kann, zeigt das Beispiel Baden-Württemberg (einige Jahre), aber KuMi Engler gelangte wohl auch nur durch den organisierten Widerstand der Studenten zur Einsicht. Dies zeigt, daß die Studenten selbst aktiv werden müssen; dieser Widerstand muß koordiniert werden. Hierzu plant der AstA zu Beginn dieses Semesters, kurz nach der Gesamt-VV am 3.05. eine Erst- und Zweitsemester-VV durchzuführen.

WAHLORDNUNG - AUCH HIER HANDELT DER KULTUSMINISTER NACH DEM MOTTO:

" ... WENIGER DEMOKRATIE WAGEN ! "

Am 28.3.1979 hat der Hessische Kultusminister anstelle des Konvents eine Wahlordnung erlassen.

Hier noch einmal kurz die Chronologie der Ereignisse. Im neuen Hessischen Hochschulgesetz (HHG) steht in die Wahlen regelnden Paragraphen : "...bei Wahlen zum Konvent und zum Fachbereichsrat sind allen Wahlberechtigten Unterlagen für die Briefwahl zuzusenden.", während es im Entwurf dieses Gesetzes noch hieß : "... ist allen Wahlberechtigten die Möglichkeit der Briefwahl zu geben." Das bedeutet die generelle Einführung der Briefwahl für die Wahlen zu den Kollegialorganen, aber auch zu den Wahlen zum Studentenparlament und zu den Fachschaftsräten !

Eine dem Gesetz entsprechende Wahlordnung zu beschließen, ist Aufgabe des Konvents. In der betreffenden Sitzung aber beschloß der Konvent eine Wahlordnung, die die generelle Urnenwahl vorsieht und die Briefwahl dem Wähler als Möglichkeit offenläßt. Mit diesem Beschluß schloß sich der Konvent den hauptsächlich von den Studenten vorgetragenen Bedenken gegenüber der Briefwahl an. Diese Bedenken kann man kurz so zusammenfassen : Die generelle Briefwahl zieht einen nicht vertretbaren Aufwand nach sich (Kosten ca 20.000 DM !). Mit der vom KuMi angestrebten Einführung der obligatorischen Briefwahl wäre es sehr viel leichter als bisher, das Wahlgeheimnis zu verletzen, weil dritte Personen bereits ausgefüllte Stimmzettel überprüfen könnten. (Das ist bei der Wahl in Wahlkabinen und anschließender Deponierung in der Urne nicht möglich!) Weiterhin wären massive Wahlfälschungen denkbar, denn wie soll der Wahlprüfer entscheiden, wer denn eigentlich diesen oder jenen Brief abgeschickt oder ausgefüllt hat. In den Studentenwohnheimen ist es eben machbar, daß sich eine einzige Person -zig Wahlunterlagen aus den Briefkästen herausholt.

Aber der Kultusminister schickte die vom Konvent beschlossene Wahlordnung zurück und forderte den Konvent auf, eine Wahlordnung zu beschließen, die dem Gesetz entspricht; anderenfalls wurde er die betreffenden Änderungen selbst erlassen.

Die große Mehrheit des Konvents entschloß sich, der Sitzung fernzubleiben, um so seinen Protest gegen dieses scheindemokratische Verfahren auszudrücken.

Die Aufgabe, eine Wahlordnung auszutüfteln, die dem Gesetz entspricht, wollte man gerne dem KuMi überlassen, der es ja dann auch (s.o.) getan hat.

Jetzt haben wir also eine Wahlordnung, die alle strittigen Punkte enthält, allerdings hat der KuMi dem Druck der Hochschule zumindest in der Beziehung nachgeben müssen, weil er wenigstens nach der Briefwahl eine anschließende Urnenwahl erlaubt.

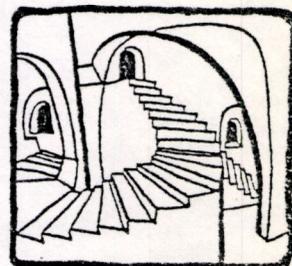
Es stellt sich jetzt die Frage, wie sich die Hochschule und wir Studenten verhalten sollen.

Soll man sich gefallen lassen, was eine Kultusbürokratie ausspuckt, zum einen in völliger Unkenntnis der Folgen, zum anderen mit der Absicht, die Hochschule zu disziplinieren und zu bevormunden?

Folgende Möglichkeiten gibt es zum Beispiel, um gegen diesen Willkürakt des KuMi vorzugehen :

- Boykott der Wahlen mit gleichzeitiger Organisation von Gegenwahlen nach demokratischen Regeln, d.h. Urnenwahl
- Anfechtung der Wahl, indem z.B. nachgewiesen wird, daß Wähler mehrmals gewählt haben oder Wähler keine Briefwahlunterlagen erhalten haben
- Ein eingesetzter Wahlvorstand weigert sich, Wahlen durchzuführen, deren korrekten Ablauf er nicht garantieren kann.
- Der Konvent muß diese Praktiken des Kultusministers eindeutig ablehnen und den Präsidenten der TH auffordern, juristische Maßnahmen gegen diesen Wahlmodus zu ergreifen.

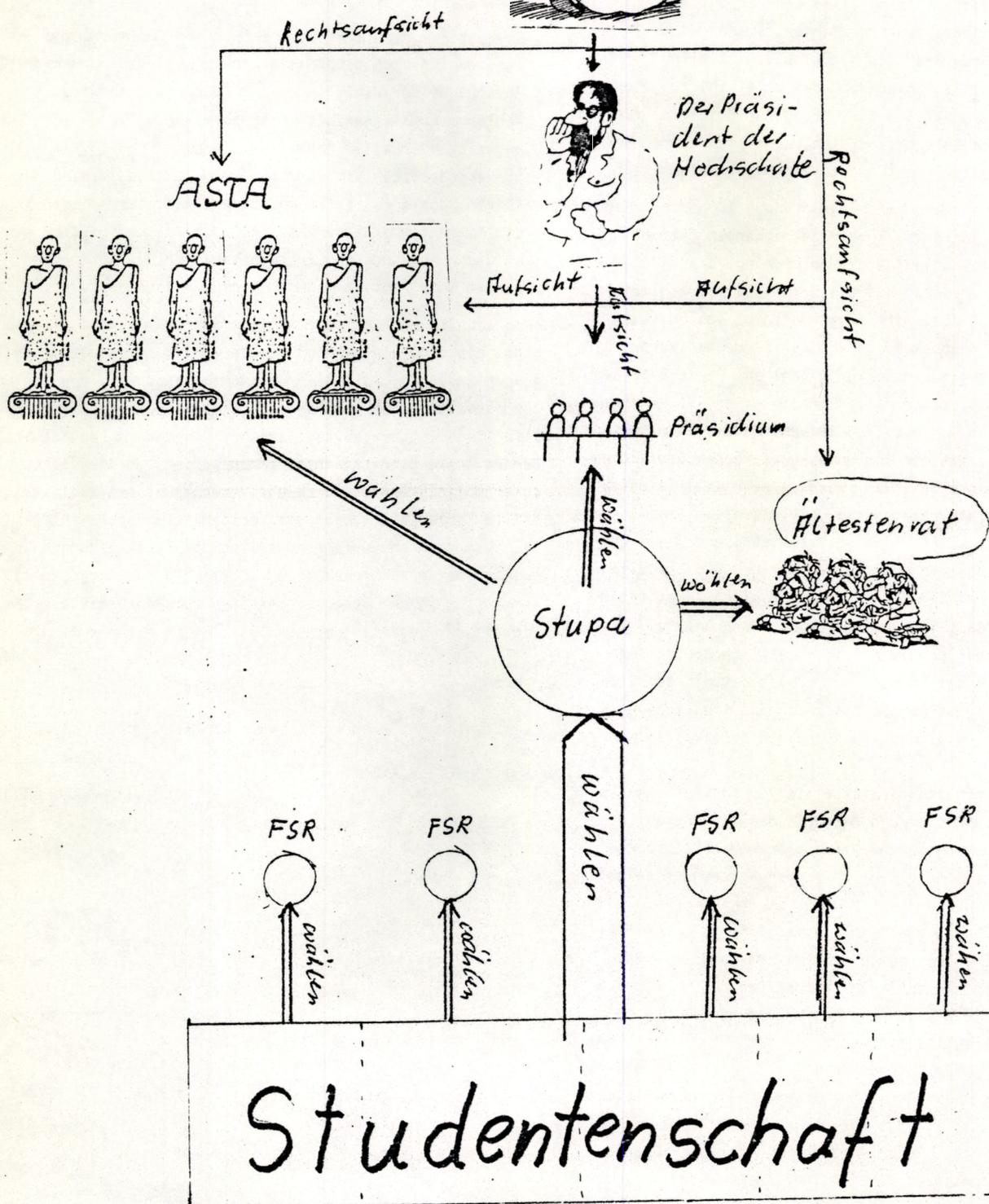
Auch wenn es auf den ersten Blick nur ein nebensächliches Problem sein mag, wie man nun gerade wählt, so ist von grundlegender Bedeutung, daß hier der KuMi versucht, einen Wahlmodus durchzusetzen, der abweicht von dem bisher zur Zufriedenheit aller Beteiligten geübten Verfahren an der TH und damit außerdem erste Schritte unternommen werden, um die Hochschulen zu entpolitisieren : durch die Verlagerung des Wahlaktes ins stille Kämmerlein, durch die verstärkte Undurchsichtigkeit des gesamten Wahlverfahrens sollen die Entscheidungen an der Hochschule uninteressant und unbeeinflussbar dargestellt werden, um so den Boden zu bereiten für eine stärkere Unmündigkeit der gesamten Hochschule.



**studenten
keller
im schloss**

Aufbau der Verfaßten Studentenschaft der THD

Der hessische Kultusminister



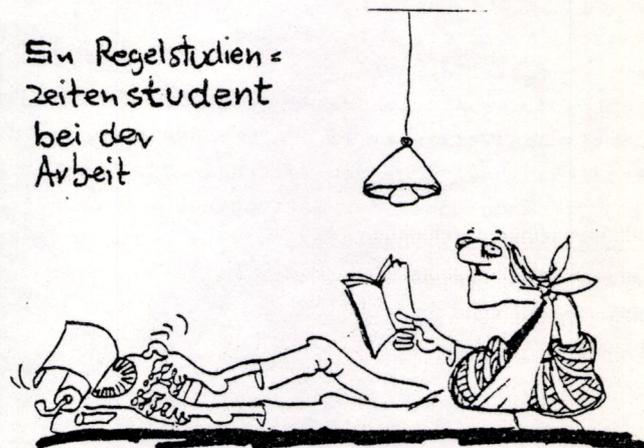
DIE STRUKTUR (DER AUFBAU) DER VERFASTEN STUDENTENSCHAFT EIN KLEINER LEITFADEN NICHT NUR FÜR STUDIENANFÄNGER

Um Euch einen Überblick über die Funktion der Studentenschaft zu geben, haben wir jenes Schaubild angefertigt, auf dem die Struktur der Verfassten Studentenschaft ersichtlich ist. Wir wollen zu diesem Thema genauer berichten, denn viele Studenten (nicht nur im 1. Semester) können mit Begriffen wie StuPa und Ältestenrat nichts anfangen. Nicht zufällig sind auf dem Schaubild große Ähnlichkeiten mit dem parlamentarischen System zu erkennen. Der Vergleich StuPa - Bundestag, AStA - Regierung drängt sich auf. Dieses liegt daran, daß die Studentenschaften in der Weimarer Republik gegründet wurden, um den damals vorwiegend rechten Jungakademikern das "Demokratiespiel" beizubringen. Wir bezweifeln aber, daß dieses System optimal unseren Bedürfnissen entspricht und besonders demokratisch ist. Eine studentische Arbeit kann nur dann funktionieren, wenn jeder Student die Möglichkeit hat und dazu bereit ist, sich für seine ureigensten Interessen einzusetzen. Eine Delegation solcher Aufgaben an bestimmte Amtsträger ist dafür kein Ersatz.

So haben wir an der THD zwei Satzungen, eine vom Kultusminister erlassene und eine von der Studentenschaft durch Urabstimmung genehmigte, welche demokratischen Prinzipien mehr entspricht. Wir sind allerdings gezwungen, uns an das KuMi-Werk zu halten, handeln aber intern, sofern es möglich ist, nach unserer eigenen Satzung. So werden z.B. Vollversammlungsbeschlüsse vom Studentenparlament zusätzlich abgesegnet, da auf VVs laut KuMi-Satzung nichts beschlossen werden darf. Außerdem sei das System der staatlichen Aushöhlung und Gängelung der Studentenschaft erwähnt. Durch eine handvoll Maßnahmen seitens der Hochschule und Kultusbürokratie wird zunehmend das politische Engagement der Studenten unterdrückt, ASten wird auf dem Weg der Finanzkontrolle ihre Arbeit erschwert oder ganz unmöglich gemacht. In einigen Ländern ist die Verfasste Studentenschaft bereits ganz abgeschafft worden. Trotz dieser Angriffe treten wir auch weiterhin für die Organe der Verfassten Studentenschaft in Darmstadt ein, da diese immer noch eine große Unabhängigkeit gegenüber dem Staat behauptet haben. So konnte der Kultusminister bisher noch nicht mit einer einzigen Ordnungsmaßnahme gegen den AStA und die Fachschaften vor-

gehen. Wir werden auch weiterhin, wie z.B. in der Frage des Vermögensbeirates diese Unabhängigkeit Verteidigen.

Ein Regelstudien-
zeiten student
bei der
Arbeit



Diesen Kampf können wir nur führen, wenn innerhalb der Studentenschaft eine große Bereitschaft besteht, sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen und sich aktiv an der Hochschulpolitischen Arbeit zu beteiligen. Neben den Organen der Verfassten Studentenschaft gibt es noch die Hochschulseibstverwaltung, in der auch Studenten, allerdings in der Minderheit gegenüber den Professoren, die in allen wichtigen Organen über die absolute Mehrheit verfügen, sitzen, doch darüber wollen wir an dieser Stelle nicht berichten.

Studentenschaft

Jeder an der THD immatrikulierte Student ist Mitglied der Studentenschaft. Die Arbeit der Studentenschaft wird durch die DM 10,-, die jeder Student pro Semester bei der Rückmeldung zahlt, finanziert. Jeder Student, der nicht beurlaubt ist, besitzt das aktive und passive Wahlrecht. Jeden Sommer finden Wahlen zum Studentenparlament (StuPa) statt. Bei den Wahlen geht es ähnlich zu, wie bei einer Bundestagswahl. Verschiedene Hochschulpolitische Gruppen stellen Listen auf, auf denen eine Reihe von Studenten kandidieren. Die Wahlen findet an Urnen statt, Briefwahl ist auf Antrag möglich. Das StuPa besteht aus 40 Parlamentariern; nach den letzten Wahlen hat sich folgende Sitzverteilung ergeben:

| | |
|---|----------|
| Juso-Hochschulgruppe | 12 Sitze |
| Basisgruppen an der THD | 9 Sitze |
| Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) | 8 Sitze |
| Unabhängige Darmstädter Studenten (UDS) | 7 Sitze |

| | |
|---|---------|
| Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB) | 2 Sitze |
| Sozialistische Hochschulinitiative (SHI) | 1 Sitz |
| Sozialistischer Hochschulbund (SHB) | 1 Sitz |

Das Studentenparlament ist die Legislative der Studentenschaft und hat über alle wichtigen Fragen zu entscheiden. Zu den Aufgaben des StuPa gehören insbesondere die Genehmigung des Haushalts der Studentenschaft und die Entscheidung über die politische und finanzielle Entlastung des AstA, die Wahl des AstA und des Ältestenrates sowie die Wahl der studentischen Vertreter in den Vermögensbeirat, die Festlegung der Höhe von Beiträgen für die Studentenschaft, Änderungen der Satzungen und Ordnungen der Studentenschaft. Das StuPa wird von einem 4-köpfigen Präsidium, das es aus seiner Mitte wählt, geleitet. Sitzungen sind öffentlich und müssen vorher ange-



"Tja, mein Lieber, für den Duterkiefer ist ein Kollege zuständig, in 8 Semestern konnte ich mich nur auf den Oberkiefer konzentrieren!"

kündigt werden. Jeder Student muß vor dem StuPa gehört werden.

Der Allgemeine Studentenausschuß (AstA) führt die Beschlüsse des Parlaments aus und ist diesem dafür verantwortlich. Er führt die Geschäfte der Studentenschaft im Rahmen des Haushaltsplanes. Er vertritt die Studentenschaft innerhalb und außerhalb der Hochschule. Der AstA wurde im letzten Semester von den im StuPa über die Mehrheit verfügenden Fraktionen, der Jusos und Basisgruppen getragen, welche jeweils mit 3 Referenten in ihm vertreten waren. Jedes AstA-Mitglied ist für einen Aufgabenbereich (Referat) besonders zuständig. Diese Bereiche sind z.Z.:

- Finanzen
- Hochschule
- Information
- Fachschaften
- Sozial I (Bafög)
- Sozial II (Wohnungs- und Ausländerangelegenheiten)

Die Amtszeit des AstAs beträgt 1 Jahr.

Die Studentische Vollversammlung ist nach unserem Selbstverständnis das oberste beschlußfassende Organ der Studentenschaft. Sie ist nicht in der Satzung des Kultusministers vorgesehen. Wir gehen aber davon aus, daß alle Betroffenen - also alle Studenten - ihre Angelegenheiten selbst und direkt entscheiden sollen. Das parlamentarische Interessenvertretungsmodell ist dafür nicht geeignet. Die Vollversammlung wird mindestens einmal pro Semester einberufen, und auf ihr werden wichtige aktuelle Begebenheiten erörtert und darüber abgestimmt. Die Beschlüsse, die allerdings nach der KuMi-Satzung nicht rechtskräftig sind, werden aber nachträglich vom StuPa abgesegnet.

Der Ältestenrat ist das oberste Widerspruchsorgan, das in besonderen Konfliktfällen wie Anfechtung von Wahlen und Urabstimmungen und Auslegung der Satzung entscheidet. Die drei Mitglieder des Ältestenrates dürfen in keinem anderen Organ der Studentenschaft tätig sein. Sie müssen von mindestens 2/3 der Parlamentarier gewählt werden.

Fachschaften

Jeder Student ist Mitglied einer Fachschaft. Studenten, die wie z.B. Lehramtsbewerber, an mehreren Fachbereichen arbeiten, können ihr Wahlrecht nur an einem Fachbereich ausüben. Diese Studenten geben bei der jeweiligen Rückmeldung an, in welchem Fachbereich sie wählen wollen.

Der Fachschaftsrat vertritt die Studenten seiner Fachschaft. So empfiehlt es sich, sich bei Schwierigkeiten im Studium, mit Professoren o.ä. an den Fachschaftsrat (FSR) zu wenden. Einige FSRs führen auch Orientierungsveranstaltungen für Erstsemester durch.

Die Fachschaftsräte werden zusammen mit dem Studentenparlament gewählt. In der Regel kandidiert für eine Fachschaft nur eine Liste. Dann findet eine Persönlichkeitswahl statt, d.h. der Student der die meisten Stimmen erhalten hat, erhält den 1. Platz, der nächste den 2. usw., bis die Zahl der satzungsgemäßen Vertreter erfüllt ist. Fachschaften mit bis zu 500 Mitgliedern wählen 3 Fachschaftsräte, mit bis zu 1000 - 5 FSR, über 1000 - 7 FSR.

Eine sinnvolle Fachschaftsarbeit kann nur dann funktionieren, wenn sich viele daran beteiligen. Also überlaßt nicht die ganze Arbeit denjenigen, die ihr einmal im Jahr gewählt habt, sondern nehmt daran teil!

Die Fachschaftsvollversammlungen dürfen laut KuMi-Satzung nichts beschließen. Allerdings gilt für sie entsprechendes wie für die Gesamt-VV. Auf der Fachschaftsvollversammlung stellt der FSR seine Arbeit zur Diskussion, und es wird über wichtige Themen abgestimmt.

Das Fachschaftsplenium ist ein informelles Treffen der Aktiven der Fachschaften mit den AstA-Referenten. Es dient zur Koordinierung der Arbeit der einzelnen Fachschaften mit dem AstA.

Die Ausländersektion

Da die ausländischen Studenten vor besonderen Problemen stehen, haben wir in unserer eigenen Satzung eine besondere Vertretung für sie, und zwar die Ausländervollversammlung und der Ausländerrat. Diese Organe sind ebenfalls nicht in der KuMi-Satzung vorgesehen; aber intern hat der Ausländerrat den Status einer Fachschaft. Leider ist der Ausländerrat wegen der Streitereien der einzelnen ausländischen Studentenorganisationen seit geraumer Zeit arbeitsunfähig. Deshalb stellt der Ausländerrat zur Zeit keine eigenen Referenten AstA.

§§§ Staatliche Gängelung der Verfassten Studentenschaft §§§

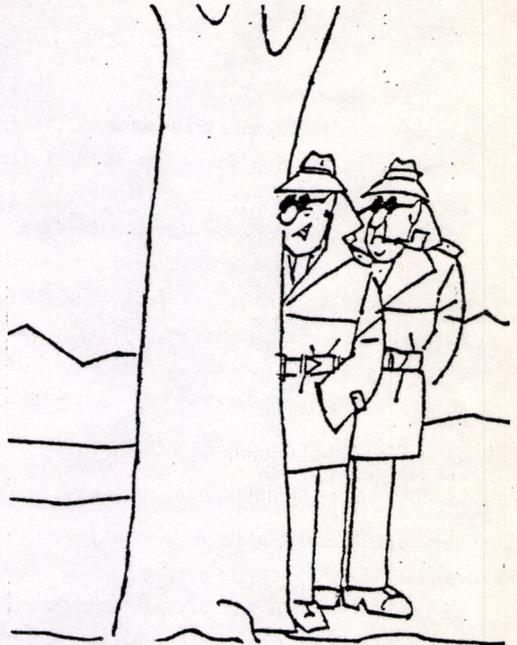
Die Studentenschaften führen einen ständigen Existenzkampf gegen Versuche der Bundes- und Landesregierung und der Hochschulbürokratie die Verfasste Studentenschaft zu schwächen oder gar ganz abzuschaffen. So kann z.B., der Hochschulpräsident in unsere Arbeit eingreifen, indem er uns Ordnungsgelder auferlegt oder von seinem Hausrecht Gebrauch macht. Wenn der Präsident nicht von selbst aktiv wird, kann er vom Kultusminister dazu angewiesen werden. Der Kultusminister übt die Rechts- und Fachaufsicht über die Hochschule und die Studentenschaft aus. Er kann also in bestimmten Fällen in unsere Angelegenheiten eingreifen. Ein

weiteres Organ zur Reglementierung der Studentenschaft ist der Vermögensbeirat, der z.Z an

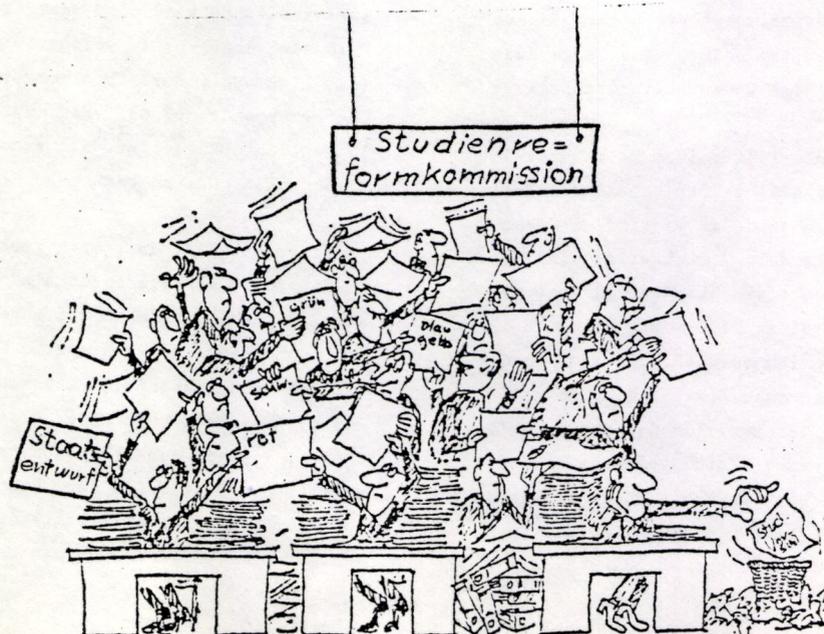
Teile des Vermögensbeirates



Eislescht
bei der Entdeckung eines Aktenordners, der nichts mit den Aufgaben der Verfassten Stud. zu tun hat.



unserer Hochschule boykottiert wird. In ihm sollen der oberste Verwaltungsbeamte der Hochschule (der Kanzler), vier Professoren sechs Studenten sitzen. Der Vermögensbeirat dient dazu, auf dem Umweg über die finanzielle Kontrolle der Studentenschaft eine politische Kontrolle auszuüben. So entscheidet der Kanzler, zwar mehrheitlich von Studenten besetzten Ausschuss, alleine über die wichtigen Fragen der Entlastung von AstA-Referenten und der Finanzordnung der Studentenschaft, wir wehren uns dagegen, daß auf diese Weise mit Hilfe von Beamten der Staat eine Kontrolle über die Gelder der Studenten ausübt !



Die „Perle“ des HRG bei der Arbeit !

Die Vorstellungen der Hochschulen u. der Studenten

CHEMIKALIENGELDER - CHEMIESTUDENTEN WEHREN SICH GEGEN ZUSÄTZLICHE AUSBILDUNGSKOSTEN

Im Wintersemester 77/78 weigerten sich einige Chemiestudenten, die Chemikalienrechnung für verbrauchte Chemikalien während eines vom Studienplan vorgeschriebenen Praktikums zu bezahlen, da sie der Meinung sind, daß diese vom Chemieinstitut kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen.

Gegen diese Studenten hat jetzt der TH-Präsident Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Es handelt sich bei den offenstehenden Rechnungen um Beträge zwischen 16,— und 150,— DM. Durchschnittlich beträgt die Höhe der Chemikalienrechnung während dieser Praktika für Chemielehrerstudenten 15,— bis 30,— DM, für Dipl. Chemiker 60,— bis 80,— DM pro Semester.

In der Klage, die von Blankenburg im Auftrag des Präsidenten eingereicht wurde, heißt es: "..., daß die Kosten für verbrauchte Chemikalien zwischen 10,— und 150,— DM liegen, da der Verbrauch zum Teil von der Sorgsamkeit der einzelnen Studenten abhängt."

Erstens soll Blankenburg uns den Studenten mit einer Rechnung von DM 10,— zeigen. Es wird ihm schwerfallen, weil es ihn nicht gibt. Zweitens weiß Herr Blankenburg sehr wohl, daß der Betrag von DM 150,— eine Sammelrechnung von 4 Studenten darstellt, und daß diese sich gerade aus Sparsamkeitsgründen zusammen getan haben, denn der Preis für Chemikalien ist um so günstiger, je größer die gekauften Mengen sind. So liegt die Durchschnittsrechnung bei Studenten, die ihre Chemikalien gemeinsam beziehen, bei DM 40,—, während Studenten, die im Alleingang arbeiten, wie es von Seiten der Professoren vorgesehen ist, meist über DM 80,— bezahlen müssen. Sollte Herr Blankenburg dieser Sachverhalt unbekannt gewesen sein, so sollte er sich genauer erkundigen, bevor er derartige Unwahrheiten verbreitet.

Des weiteren meint Blankenburg in seinem Schreiben: "..., daß diese (die Chemikaliengelder, die Redaktion) wie Lernmittel zu behandeln sind, da es sich um Gegenstände von geringem Wert handelt." Zweifellos sind Beträge von DM 40,60 für Leute wie Blankenburg etc. Gegenstände von geringem Wert. Er wäre wahrscheinlich anderer Meinung, würde man ihn auf Bafög setzen. Im Übrigen sind es nicht die einzigen Kosten, die für uns während eines Semesters entstehen. Für das Analytik II-Praktikum im 3. Semester ergaben sich folgende Kosten: ca. DM 100,— an Glasgeräten; Dinge wie Wasserstrahlpumpen, Peleusball z.B. mußten sich die Studenten kaufen, um überhaupt mit dem Praktikum beginnen zu können.

Im Laufe des Semesters mußte man außerdem noch mindestens 100,— DM für Glasgeräte locker machen, die in der bestellten Ausrüstung einfach fehlten. (?!?) Hinzu kommen noch Bücher im Wert von ca. DM 120,— (Holleman-Wieberg DM 88,—, Jander-Blasius DM 32,—), empfohlen sind noch weit mehr. DM 40,— Prüfungsgebühr und zuletzt noch die DM 60,— für Studentenwerk und Studentenschaft. Das gibt die Runde Summe von DM 420,— für ein Semester. Immer noch Beträge von geringem Wert? Neben all diesen Kosten haben wir das Geld für Glasbruch ganz vergessen. DM 20,— müssen im Durchschnitt pro Semester für kaputtgegangene Laborgeräte bezahlt werden, teilweise müssen Studenten Geräte im Wert von DM 40,— ersetzen. Bei der Enge, die in den Labors herrscht (an einem Labortisch arbeiten meist 4 statt 2 Studenten) und bei dem Stress und der Hektik ist es unvermeidlich, daß etwas zu Bruch geht. Wir hatten Kultusminister Krollmann ja mal eingeladen, sich von den unmöglichen Arbeitsbedingungen im Zintl-Institut zu überzeugen, denn er ist natürlich auch der Ansicht, daß die Studenten all diese Kosten zu bezahlen hätten. Dies stellte er in einem Brief an die Fachbereiche fest. Bis heute hat kein Student Krollmann im Labor angetroffen. Es gibt noch jede Menge weiterer Gründe, die uns veranlassen zu fordern, daß die TH sowohl Chemikalien als auch Glasgeräte kostenlos zur Verfügung stellen soll.

Schauen wir uns beispielsweise die Bewertungskriterien an. So die im Analytik-I-Praktikum für das 2. Semester, eine Bewertung, die vor Kleinlichkeit nur so strotzt. In diesem Praktikum müssen u.a. 10 Analysen gekocht werden. Das sind Verfahren, bei denen die verschiedenen Elemente bzw. Ionen einer Substanz bestimmt werden können. Um eine solche Analyse als richtig anerkannt zu kriegen, darf sie keine Fehler enthalten, d.h. sämtliche Elemente und Ionen (bis zu 10 Stück) muß richtig bestimmt sein. Hatte man einen oder mehrere Fehler, so stand einfach falsch, sehr falsch etc. unter der Analyse. Keinerlei Angaben, in welcher Gruppe der Fehler zu suchen sei (die Elemente innerhalb einer Vollanalyse kann man verschiedenen Untergruppen zuordnen). Man mußte also aufgrund dieser Kleinlichen Fehlerkorrektur, oft schon bei einem Fehler die Analyse wiederholen, und so auch mehr Geld für Chemikalien ausgeben.

Im Klartext heißt das, hier gehen Bewertungskriterien, die nicht im Interesse der Studenten sind und die ihnen einfach vorgesetzt werden, auch noch auf ihre Kosten, sowohl im wörtlichen wie auch übertragenen Sinne.

Bei den Lehramtskandidaten besteht ein Teil des Praktikums darin, Präparate zu kochen. Dies sind komplizierte Verbindungen, die von den Studenten nach bestimmten Arbeitsvorschriften, die sie aus der chemischen Fachliteratur herausuchen müssen, hergestellt werden. Teilweise sind diese Vorschriften so ungenau, daß man mehrmals von vorne anfangen muß,

weil wichtige Dinge nicht in der Vorschrift erwähnt sind. Teilweise muß man nach mehreren Tagen vergeblichen Kochens, die Produktion einer "exotischen Verbindung" einstellen. Natürlich gilt dies nur, wenn auch die Lehrkräfte der Meinung sind, daß das Präparat mit den uns zur Verfügung stehenden Methoden nicht herzustellen ist. Die verbrauchten Chemikalien müssen von uns bezahlt werden. Wir meinen, daß es nicht zuviel verlangt ist, wenn man uns nur solche Präparate zumutet, die auch herstellbar sind. Es ist nicht gerade kostenbewußt gedacht, sowohl was unsere Zeit angeht als auch unser Geld, wenn man irgendwann die ganze Suppe in den Abfluß gießen muß.

Außerdem ist es so, daß der größte Teil der Präparate (besonders die gut gelungenen, man höre und staune) vom Institut einbehalten werden. In der organischen Chemie z.B. werden die Präparate für Lehrzwecke weiterverwendet. Wir sind natürlich dafür, daß unsere Produkte sinnvoll weiterverwendet werden, aber dagegen daß wir auch noch die Kosten dafür tragen sollen. Auch sonst gibt es im Praktikum Versuche, die aus technischen Mängeln von vorneherein zum Scheitern verurteilt sind, wo sich die Professoren aber nicht überzeugen lassen, diese zu streichen.

Eine ganz spezielle Art, die Studenten zur Kasse zu bitten, hatten bzw. haben (?) die Assistenten des 2. Semesters. Sie haben einen ganzen Katalog von - zugegeben teilweise sinnvollen - Bestimmungen^{ev} aufgestellt, deren Übertragung durch die Verhängung einer Strafe, zu zahlen in eine Laborkasse, geahndet wird. Jedoch wird dies von den Assistenten auf eine schikanierende und kleinliche Art gehandhabt, indem sie zum Beispiel auch 5 Minuten vor Laborschluß noch rigoros für das Nichttragen einer Schutzbrille zuschlagen, wenn eh niemand mehr kocht und man nach dem Wegschließen der Laborkleidung auf dem Weg aus dem Institut noch durchs Labor kommt oder wenn man die - ohnehin nicht funktionierenden Abzüge nicht benutzt, was ja bei 12 Abzügen auf 48 Studenten weder ein Wunder noch von diesen zu verantworten ist. Auch dann, wenn die Arbeitszeit (sie geht bis 18.00 Uhr) wegen Zeitdruck überschritten wurde, wurden Strafgebühren, meist in Höhe von einer DM verlangt. Dieses Geld wurde bei Laborfesten zwar in Getränke umgesetzt, aber wir meinen, daß die Studenten erstens selbst entscheiden können, ob sie eine Laborkasse einrichten wollen und sie können sie auch selbst verwalten. Das Schlimmste ist, daß die Assistenten mit Drohungen und Erpressungen versuchen, das Geld einzutreiben. So drohten sie z.B. damit, keine Analyse auszugeben, solange die Strafgebühr nicht bezahlt ist, allerdings konnte man dies durch entsprechendes Auftreten gegenüber den Assistenten verhindern. Viele Studenten hatten jedoch nicht den Mut, da man bei diesen mündliche Prüfungen ablesen muß. Die Assistenten hätten sich besser Gedanken darüber gemacht, wie man zu funktionierenden Abzügen kommt, anstatt durch Schikanen die ohnehin schon schlimme Arbeitssituation noch weiter zu

verschlechtern. Während der Praktika beträgt die durchschnittliche Stundenbelastung im Labor 30 Stunden, nebenbei sind noch Kolloquien und Klausuren zu bestehen und Vorlesungen zu hören. Die Gesamtstundenbelastung steigt somit auf ca. 55 Stunden.

Als wir den Professoren offenbarten, daß wir nicht gewillt seien, die Kosten für die Chemikalien zu bezahlen, brachen sie in großes Geschrei aus, daß wir ihren Haushalt ruinieren würden. Sie hielten überhaupt nichts von unserer Aufforderung, sich gemeinsam mit uns Lösungsmöglichkeiten für die finanzielle Krise zu überlegen, anstatt den Finanzhaushalt durch stärkere Beteiligung der Studenten an den Ausbildungskosten aufzustocken. Man kann nicht behaupten, daß die Professoren aufgeschlossen sind, wenn es um die Offenlegung ihrer Finanzen und die Verteilung derselben geht; fast schon hysterisch reagieren sie, wenn sie nach Geldern aus Drittmitteln befragt werden. Legt das nicht die Vermutung nahe, daß sie es begrüßen, wenn die Studenten immer mehr Geld für die Ausbildung bezahlen müssen. Außerdem haben sie sich auch sehr eifrig Schikanen einfallen lassen, um uns zur Zahlung der Chemikalienrechnung zu zwingen. Z.B. versuchten sie, die Scheinvergabe an die Bezahlung der Gelder zu koppeln. Sie sind im Übrigen auch der Auffassung, daß die Studenten durch diese Maßnahme zur Sparsamkeit erzogen werden müßten. Sie schließen wahrscheinlich von sich auf andere, denn Sparsamkeit kann man ihnen nicht gerade nachsagen, was die Leistungsanforderungen und die Anzahl von Versuchen pro Semester angeht.

All diese einleuchtenden Gründe für das Nichtbezahlen der Chemikalien werden wir in unserer Stellungnahme an das Verwaltungsgericht vorbringen. Wir sind jedoch der Ansicht, daß wir unser Ziel nicht allein durch Überlegtes Vorgehen auf der juristischen Ebene erreichen können, sondern es kommt auf der politischen Ebene darauf an, eine breite Öffentlichkeit zur Unterstützung für den Boykott der Chemikaliengelder bzw. überhaupt gegen die Erhebung jeglicher Ausbildungsgebühren zu schaffen.

Dies kann in der Weise geschehen, daß die Diskussion über unseren konkreten Fall als auch über die immer stärker werdende Beteiligung der Studenten an den Ausbildungskosten und wie man sich dagegen zur Wehr setzen kann, in allen Fachbereichen geführt wird. Und daß die Diskussion ihren Ausdruck in Stellungnahmen, Resolutionen etc. an die Hochschulleitung und das Gericht findet. Optimal wäre es, wenn mehrere Fachbereiche und die nachkommenden Chemiesemester ebenfalls zum Boykott solcher Gebühren übergehen.

Im organischen Lehramtspraktikum ist dies schon geschehen. Dort haben die Teilnehmer bereits einstimmig beschlossen, die Chemikalien nicht zu bezahlen. Wir meinen auch, daß es notwendig ist, daß die Vertretungsorgane der Studentenschaft wie AstA und Fachschaften zu diesem Sachverhalt Stellung nehmen. Im Übrigen hat die Studentenschaft die Kosten für den Prozess übernommen. Man sieht wieder deutlich, daß wir einen AstA ohne Staatskontrolle brauchen, und nicht so, wie es das ERG vorsieht.

ESEBUCH DARMSTÄDTER STUDENTENLESEBUCH DARMSTÄDTER STUDENTENLESEBUCH DARMSTÄDTER

WETTBEWERB FÜR DAS DARMSTÄDTER STUDENTENLESEBUCH !!

Dieses Semester veranstaltet der AstA einen Artikelwettbewerb. Es könnten eigentlich alle mitmachen, weil dazu keine besonderen Fähigkeiten notwendig sind,

außer sich für die anderen zu interessieren, die Augen offen zu halten und über das Beobachtete nachzudenken.

Was soll man schreiben ?

Geschichten, Berichte, Schilderungen, Anekdoten, Zitate, also alles persönlich Erlebte, Beobachtete über alles, was nur einem Studenten begegnet, insbesondere einem Studenten der THD.

also zb über :

Vorlesungen einzelner Profs, Klausuren, Gebäude, Hörsäle, Fachbereiche und ihre Arbeit, Pannen, Zwischenmenschliches unter Studenten, Profs, Assistenten, Hausmeistern u.a. mehr, Essen, Wege, Mensa, Ergebnisse der Hochschulpolitik, Zeichen der Zeit, Ausnahmen, Persönlichkeiten, Lernempfinden, Anforderungen, Feste, Finanzen, „Wichtiges“ und „Unwichtiges“...

Wer sollen die Leser sein ??

Alle, die sich für Studenten interessieren und vielleicht nicht viel über sie wissen, also für Studenten und vor allem für Nicht-Studenten.

Wie können die Artikel sein ?

Fröhlich, besinnlich, ernst, politisch, polemisch, nüchtern, lustig, traurig, persönlich, objektiv, Poetisch, religiös, technisch, aggressiv, werbend, sozial, kritisch, unterhaltend, satirisch, träumerisch, literarisch ausgefeilt oder wie einem der Schnabel gewachsen ist.

Wie sollten sie noch sein ?

In deutsch, empfohlene Länge weniger als drei Seiten Schreibmaschine, getippt oder gut lesbar handgeschrieben.

Wer kann mitmachen ??

Jede(r) eingeschriebene Student(in) der THD, auch Gruppen, also

AUCH DU !!



Besonders interessant wäre es, auch einmal zu erfahren, wie unsere ausländischen Kommilitonen die Verhältnisse an der THD sehen.

Was bekommen die Teilnehmer dafür ??

Eine nach dem Grundsatz „so vielfältig und vielschichtig wie möglich“ zusammengestellte Sammlung aus allen brauchbaren Beiträgen soll unter dem Titel „Darmstädter Studentenlesebuch“ gedruckt und verkauft werden. Die Auswahl soll hauptsächlich nach dem Aussagegrad, weniger nach der sprachlichen Gestaltung erfolgen. Jeder veröffentlichte Autor erhält ein Freiemplar, die drei besten Autoren obendrein Preise, über die wir uns noch nicht ganz im Klaren sind.

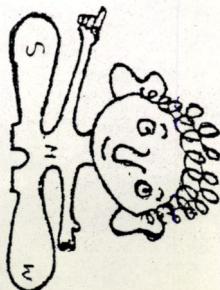
Was ist sonst noch zu beachten ??

Absender mit Fachrichtung angeben, mehrere Beiträge pro Autor sind erlaubt, Original oder Kopie bitte behalten, nicht ausgewählte Beiträge können leider nicht zurückerstattet werden.

Beiträge bitte an den AstA senden (Hochschulstr.1) oder dort abgeben.

E i n s e n d e s c h l u s 20.10.79

Wir hoffen auf zahlreiche Teilnahme !!



Wie das Bundesamt für Zivildienst die Regelstudienzeit in Kraft setzt!

Einem Kommilitonen, der an der THD im 12. Semester Elektrotechnik studiert, und der sich gerade darauf vorbereitet seine Diplomarbeit zu beginnen, wurde in einem Schreiben vom 11.04.1979 mitgeteilt, daß er seinen Zivildienst am 5.06.1979 zu beginnen habe. Da das Bundesamt für Zivildienst (BfZ) allgemein bekannt ist für seltsame Entscheidungen, legte der Kommilitone diesem Schreiben keinen besonderen Wert bei, informierte aber trotzdem das BfZ, daß er seinen Dienst noch nicht antreten könne, da er erst im Herbst 1979 seine Diplomarbeit beenden würde.

Nichtdestotrotz, wollte der Kommilitone wissen, ob es überhaupt eine Rechtsgrundlage für diese Einberufung gäbe, oder ob mal wieder ein Versehen im BfZ passiert ist.

Nach einigen Schwierigkeiten, gelang es dann einen Regionalbeauftragten für Zivildienstleistende telefonisch zu erreichen. Auf die Frage, auf welche rechtliche Grundlage sich denn das BfZ bei seinem Einberufungsbefehl stütze, teilte der Regionalbeauftragte mit, daß sich da BfZ an interne Richtlinien halte, die grundsätzlich von der 8 semestrigen Regelstudienzeit ausgingen. Da sich der Kommilitone bereits im 12. Semester befinde, habe er selbst keine Rechtsgrundlage mehr dafür, sein Studium weiter fortzusetzen resp. beenden zu können. Außerdem, so der Regionalbeauftragte weiter, sei dies nicht der erste Fall, sondern es sei auch schon vorgekommen, daß Studenten direkt aus ihrer schon begonnenen Diplomarbeit zum Zivildienst herangezogen wurden.

Davon einmal abgesehen, daß sich hier ein Bundesamt anmaßt in die vom Grundgesetz garantierte Länderhoheit einzugreifen, stellen die internen Richtlinien des BfZ einen unerhörten Angriff auf die Studentenschaft dar. Desweiteren scheint man auch beim BfZ nicht zu wissen, daß in Hessen die 8 semestrige Regelstudienzeit noch keine Gültigkeit hat.

Jedem Kommilitonen droht die Gefahr, daß er jederzeit aus dem Studium herausgeholt werden kann, wenn er länger als 8 Semester studiert und er noch keinen Militärdienst (mit einiger Wahrscheinlichkeit kann man davon ausgehen, daß auch bei den Kreiswehrrersatzämtern ähnliche Richtlinien existieren) resp. Zivildienst geleistet hat.

Kommilitonen!

Solltet Ihr selbst von Einberufungsbefehlen betroffen sein und Ihr Euer Studium noch nicht beendet haben, so wendet Euch auf jeden Fall an den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA), damit dieser, zusammen mit seinem Rechtsanwalt, die geeigneten rechtlichen Schritte (einstweilige Anordnung) einleiten kann.

Basisgruppenfest

ES WIRD MUSIK GEMACHT VON

TUNING INN

PLYWOOD BABBEDECKEL SHOW ORCHESTRA

am 11. Mai

ab 20⁰⁰ im

Alten Hauptgeb.

DESWEITEREN GIBTS FOLKLORE AUS SÜDAMERIKA UND PALÄSTINA
SOWIE EINE AFFÜHRUNG DES SCHAUSPIELSTUDIOS AN DER THD
AN ESSEN UND TRINKEN WIRD ES NATÜRLICH AUCH NICHT MANGELN....
EINTRITT 2,50 DM

Disco gibts
auch

Veranstalter: Bg'en +
AStA

STELLUNGNAHME UND VERFAHRENSVORSCHLAG DER JHG

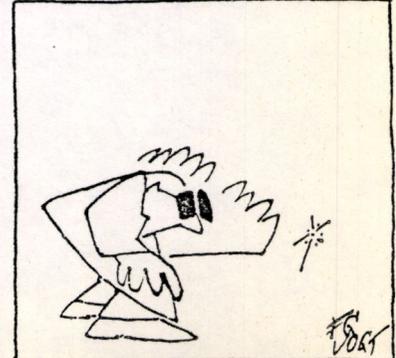
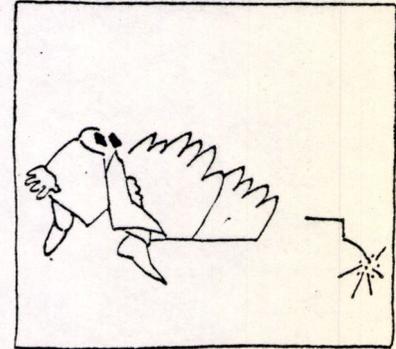
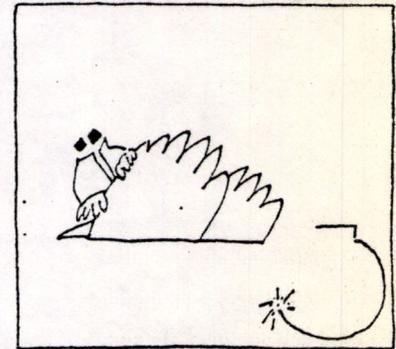
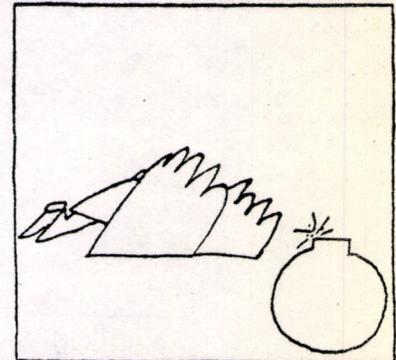
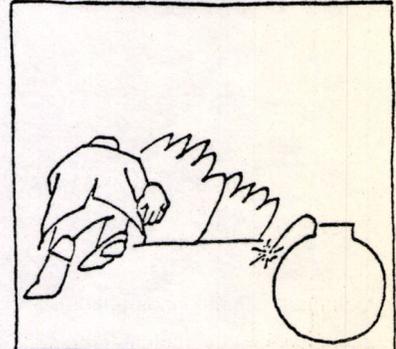
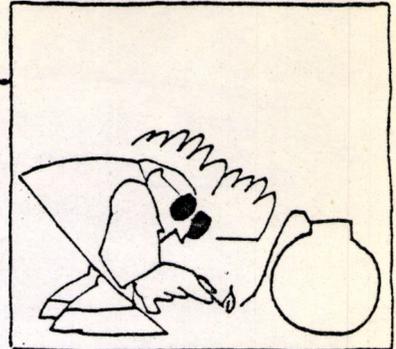
In den beiden ersten Artikeln des AstA ist die derzeitige desolate Situation der VDS deutlich genug geschildert worden:

Wenn an sechs von sieben Tagen der Mitgliederversammlung nur um die Stimmenverteilung gefeilscht wird, um den Einfluß bestimmter politischer Gruppen und Fraktionen zu sichern, dann hat dies mit der Vertretung aller Studenten nicht mehr viel zu tun; daran ändert auch das am letzten Tag, nach Abreise der Hälfte der MitgliedsAstA und ohne Diskussion verabschiedete Aktionsprogramm der Funktionäre.

Die Situation und die Interessen der Studenten, sowie ihre Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Problemen wie Regelstudienzeit, Prüfungsordnungen und Studienverschärfungen, Ordnungsrecht etc an den einzelnen Hochschulen sind nicht mehr länger der Ausgangspunkt, sondern stattdessen die Durchsetzung parteipolitischer Positionen.

Wir sind der Meinung, daß es kein Zufall ist, daß der größte Eklat sich an der Frage entzündete, ob staatsunabhängige AstA zugelassen werden können. Man konnte sich nicht einmal darauf einigen die Unabhängigkeit der studentischen Interessensvertretungsorgane zu verteidigen.

Wir Jusos sind der Meinung, daß die Entscheidung über ein gemeinsames Vertretungsorgan aller Studenten nicht Sache der politischen Funktionäre (auch nicht des Jusos) oder der aus der VDS herausgegangenen Protest AstA sein kann, sondern muß aus einem Diskussionsprozeß innerhalb der Studenten hervorgehen.



Zur Strukturierung dieser Diskussion schlagen wir die Veranstaltung eines Kongreßes vor zu dem allen unabhängigen Studenteninitiativen auf Fachbereichs und Hochschulebene, sowie unabhängige Studentenvertretungen (USten z.B.) und ASten eingeladen werden sollen.

Dieser Kongreß soll vom Darmstädter AStA vorbereitet und veranstaltet werden. Die Finanzierung soll mit den bisherigen VDS-Beiträgen der THD erfolgen.

Auf diesem Kongreß soll mit dem Ziel diskutiert werden, ein gemeinsames Aktionsprogramm mit Initiativen auf lokaler und überregionaler Ebene gegen Regelstudienzeit, Ordnungsrecht, Selektion finanzielle Misere der Studenten, Sparpolitik im Bildungssektor usw. zu entwickeln. Dabei muß unsere eigene Erfahrung über die verschiedenen Mittel und Wege, wie wir unsere Interessen durchsetzen können, Ausgangspunkt der Diskussion sein.

Am 3.5. TH-VV ^{14⁰⁰} Audi Max

- VDS — was nun?
- Schreibt der KuMi uns vor, wie wir zu wählen haben?
- Was ist der Stand bei Meldefristen zu Prüfungen, wie gehen wir vor?
- Wird die Abend-Mensa abgeschafft?
- Wohnheime